

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Mussolini über die Prager Regierung.

Nachdem nach Erscheinen der tschechoslowakischen Sprachenverordnung, die allen Nichttschechen die Anwendung ihrer Sprache fast ausschließlich auf den häuslichen Gebrauch reduziert und sie zu minderwertigen Staatsbürgern degradiert, als auch schon die tschechischen Nationalisten wieder ihr jahrelang bekanntes Spiel begannen: die Ausschreie gegen das paragrafisierte Unrecht wurden als Schreie der notorisch bekannten Hysterie der Deutschen erklärt, die gewohnheitsgemäß unzufrieden sind, obwohl die tschechische Regierung sie nun schon seit bald acht Jahren mit allen erdenklichen Segnungen beglückt. Und die tschechisch-nationale Presse begann der ewig „querulierenden“ deutschen Bevölkerung vorzuhalten, sie habe gar keine Ursache, mit ihrem Loos unzufrieden zu sein, denn erstens verdiene sie kein anderes und zweitens müßten die Deutschen sich anderswo noch mehr gefallen lassen. Der Locarno-Geist ließ diese erbaulichen Pressezeugnisse reden: Schaut nach Südtirol, wo Mussolini mit Euresgleichen noch ganz anders aufräumt! Wir, mit einer Laubensecke erblich belastet, geben Euch weit mehr, als uns die Minoritätschutzverträge vorzuschreiben, weil wir nun einmal nobel sind. La macht es der Mussolini viel radikaler; der sperrt einfach die deutschen Schulen und italienisiert nach Noten.

Aber den edlen tschechischen Patrioten blieb das Wort in der Kehle stecken, denn oben hatte ihr römisches Vorbild in Rom zu sprechen begonnen und es trug sich Beinvolles zu: der große Diktator betrat sich zur moralischen Rechtfertigung seiner brutalen Entdeutschungspolitik auf die — Tschchoslowakei im allgemeinen und auf die tschechoslowakische Sprachenverordnung im besonderen.

Und Mussolini sprach: wie darf man sich darüber entrüsten, was ich in Südtirol tue und Italien sogar mit dem Reisebonfott drohen, während in der Tschchoslowakei doch weit ärgeres geschieht! Meine 180.000 Deutschen, die mir als Kolonialmaterial durch den Friedensvertrag ausgeliefert wurden (der Duce ließ dabei etwa 70.000 Deutsche in der Verfertigung verschwinden), sind doch keine nationale Minderheit neben den 42 Millionen Italienern, sondern nur eine „ethnische (heidnische) Reliquie“, während die Deutschen in der Tschchoslowakei einen hundertfach größeren Bestandteil der Gesamtbevölkerung bilden, dennoch zwingt ihnen die Prager Regierung die tschechische Sprache als obligatorische Sprache in allen staatlichen Verwaltungszweigen auf. Das sei viel ärgeres, als was in Italien geschehe. Auch in seiner Antwort auf die Rede des deutschen Außenministers berief sich Mussolini wieder auf die Tschchoslowakei, wo gerade in den letzten Tagen die Sprachenverordnung erlassen worden sei.

Für die Prager Machthaber sind das höchst unangenehme Feststellungen, und Mussolini hat ihnen damit sehr peinvolle Lage bereitet. Man muß bedenken, daß dies nicht einer von den querulierenden Deutschen sagte, sondern der Leiter eines mit der Tschchoslowakei verbündeten Staates! Mussolini und die Prager Regierung, sie verbündet auch die einige Gegnerschaft gegen die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an Oesterreich — man hätte in Prag daher sicher alles eher erwartet, als daß der faszistische Außenfreund einen solchen Dolchstoß von hinten führen würde. In den tschechischen Ministerialons wird man vor Schrecken und Entsetzen über so viel Treulosigkeit die Hände zusammengeschlagen haben, denn Mussolini hat seine Schuld durch die viel größere Schuld seiner tschechoslowakischen Verbündeten zu rechtfertigen gesucht, viel größer deshalb, weil, wie er feststellte, die tschechische Regierung kaum die Mehrheit der Bevölkerung des Staates hinter sich habe und doch unter Entrechung aller Nichttschechen dem Staat den Stempel eines rein tschechischen Staates aufdrücke.

Nährlich opfert die Prager Regierung Milionen der Auslandspropaganda, welche die

Proletarische Einheitsfront und kommunistische Agitationsmanöver.

Unsere Antwort an die KPC.

Wie aus den in unseren Parteiblättern veröffentlichten Tatsachen und Korrespondenzen bekannt ist, hatte die kommunistische Partei angeregt, gemeinsam mit uns und den übrigen proletarischen Parteien für die Forderungen der Reichsberger Gewerkschaftskommission zu kämpfen. Unser Parteivorstand antwortete, wie aus dem bei uns publizierten Schreiben an die KPC zu sehen war, durchaus bejahend auf das kommunistische Angebot. Während aber noch alles weitere in Schwere war, eröffnete die kommunistische Presse deutscher Couleur eine heftige Propaganda, die sich aller längst erprobten und bekannten demagogischen Entstellungen bediente, um unseren guten Willen zu mißkreditieren und Zwiespalt zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihren Vertrauensmännern zu säen. Der Parteivorstand unserer Partei antwortet den Kommunisten nunmehr in folgendem Schreiben:

An die
Kommunistische Partei,

Prag.

Werte Genossen!

Sie haben sich zur Unterstützung der von der Reichsberger Zentralgewerkschaftskommission aufgestellten sozialpolitischen Forderungen bereit erklärt und uns aus diesem Anlaß zur Teilnahme an der von Ihnen angeregten Aktion sämtlicher sozialistischer Parteien eingeladen. Wir haben uns zur Mitwirkung an einer solchen Aktion bereit gefunden und Sie gebeten, uns über den Stand Ihrer Bemühungen bei den übrigen sozialistischen Parteien zu unterrichten. Darauf ließ Ihr Schreiben von Ihnen ein, worin Sie sich unsere neuerliche Stellungnahme und Entscheidung zu diesem Gegenstande erbitten. Beides sollte in der für den heutigen Tag anberaumten und in unserem Zentralorgan angekündigten Sitzung geschehen.

Es war also unsererseits alles im besten Gange, als ganz wider allem Erwarten in Ihren beiden deutschen Blättern, im „Vorwärts“ vom 6. Feber und in der „Internationale“ vom 7. Feber an leitender Stelle große Artikel erschienen sind, die sich über unsere Partei hinweg direkt an unsere Anhängererschaft wenden, sie gegen uns aufzufressen, sie gegen uns in ganz illoyaler Weise zu mobilisieren suchen und uns vor ihr durch allerlei Anspielungen und Verdächtigungen in ganz unerhörter Art herabsetzen. Mit der Parole: „Zwingt die Führer“, „verstärkt euren Druck von unten“ usw. suchen Sie diese Aktion mitten in

den schwebenden Beratungen gegen uns agitatorisch auszunützen. Dabei wissen Sie nur zu gut, daß Ihnen unsere Antwort, genau so wie die vorangegangene, nur vom Parteivorstande erteilt werden kann, den wir nicht — so wie Sie Ihr aus einigen Personen bestehendes, mit distastorischen Vollmachten ausgerüstetes Politbüro — in Prag versammelt haben und daher nicht so oft, wie Sie dies von uns zu verlangen belieben, in Aktion treten lassen können, sondern in jedem einzelnen Falle aus allen Teilen des Landes herbeirufen müssen.

Ihr Vorgehen würde uns eigentlich der Verpflichtung entheben, auf Ihr letztes Schreiben des näheren einzugehen und Ihnen den erbetenen Bescheid zugehen zu lassen.

Wenn es trotzdem geschieht, so nicht ohne daß wir gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir absolut nicht gewillt sind, dies jedesmal zu tun, so oft es Ihnen belieben sollte, durch Einwerfen von Einheitsfrontparolen eine Korrespondenz mit uns herauszubeschwören, die Ihnen nur neuen Stoff zur Verfertigung jener eigenartigen Methoden geben soll, die in der kommunistischen Taktik und Presse nachgerade schon zur Schablone geworden sind und die unsere reichsdeutsche Partei durch eine glückliche Fügung erst vor einigen Tagen bloßzulegen in der Lage war.

Ihre Aufforderung, auch unsererseits an die tschechische sozialdemokratische Partei heranzutreten und auf sie und die anderen sozialistischen Parteien zugunsten dieser Aktion einzuwirken, mag als taktischer Schritt — vom parteipolitischen Standpunkt aus — allenfalls zweckdienlich sein, der Sache der Arbeiterschaft selbst aber wird

Verhältnisse hier der Welt draußen im schönsten Lichte darstellen soll, und wenn es ihr einmal gelingt, einen solchen beschönigenden Reklameartikel in einem größeren Auslandsblatte einzuschmuggeln, dann herrscht ob des Urteils dieses „unbefangenen Beobachters“ große Freude in Trojas Hallen. Denn man kimmert sich wohl nicht darum, wie der unterdrückte Teil der Bevölkerung fühlt und denkt, dieses Fühlen und Denken im Zaume zu halten, dafür hat man ja den Vendret, aber auf die Meinung des Auslandes gibt man noch etwas. Da kommt nun dieses Schreckenskind Mussolini und zerstört mit einer einzigen Rede mehr, als alle Auslandspropaganda in Jahren aufbauen kann!

Man wird in Prag auf den Fasziistenhaupteing jetzt schlecht zu sprechen sein, aber, mein Gott, was soll man tun! Man kann mit Mussolini sich doch nicht in einen Streit darüber einlassen, wer ärgeres Unrecht an den nationalen Minoritäten verübe: der Fasziismus oder die tschechoslowakische Demokratie! Wer Butter auf dem Kopfe hat, tut am besten daran, nicht an die Sonne zu gehen, und so beachtet die gut abgerichtete tschechische Presse Schweigen. Sie kann auf Anheiß sofort zu losen beginnen, und wie hätte es in dem Herzkessel gebrodelt, wenn etwa ein deutscher oder ungarischer Staatsmann die Tschchoslowakei als Mitahleiter benützt hätte, wie dies Mussolini tat, aber sie weiß auch, wann und wie sie zu schweigen hat. Man wird jetzt in ihr vergabens ein Wort der Abwehr gegen diesen Teil von Mussolinis Rede finden, ja vielfach sogar auch nur dessen Erwähnung. Sonst geschwätzig wie ein Papagei, wahr! sie jetzt vornehmstes Schweigen. Der Großteil der tschechischen Leser wird von Musso-

linis Verufung auf die nationale Entrechungspolitik der Prager Regierung überhaupt niemals erfahren. Da sie aber Mussolini nicht ganz unbeachtet lassen kann, so hilft sie sich damit, keine Ausfälle und Drohungen gegen Deutschland zu unterstreichen. Die nationaldemokratische „Narodni Politika“ heißt die Kundgebung Mussolinis willkommen, denn für die Tschechen sei es nur gut, wenn eine Großmacht wie Italien das Deutsche Reich wieder einmal — nach Locarno! — erinnere, daß es ein besiegter Staat sei und sich danach zu benehmen habe. Und das aus Schwergeldern erhaltene Regierungsblatt „Ceskoslovenska Republika“ nützt die Gelegenheit, um zu beweisen, der ganze Streit um Südtirol rühre nur davon her, daß die Deutschen sich in die Rolle einer Minderheit nicht einfügen wollen und nach ihren alten Privilegien, die sie in Oesterreich genossen, listern sind. Von Mussolinis Hinweis auf die Tschchoslowakei kein Wort. Was die Nationalisten wider Staaten nicht hindern wird, sich bei der nächsten Gelegenheit wieder aufeinander zu berufen.

Es war noch immer so: immer hat der Nationalismus der einen sich auf den Nationalismus der anderen berufen und verübte Sünden mit anderen Sünden zu rechtfertigen gesucht. Die Moral: es ist einer nicht besser als der andere. Für die Sozialisten aller Länder ergibt sich daraus die Lehre, nebenerdentlich verschiedenen Unterdrückungsbestrebungen vor allem den Nationalismus im eigenen Völkerückständiglos zu bekämpfen!

dadurch kaum genützt, denn den anderen sozialistischen Parteien ist unser Standpunkt, — da wir ihn ja öffentlich verlaublich haben — gut bekannt. Sie haben ihn auch in ihrer Presse registriert und wissen es, daß wir gerade in diesem Falle — da es sich um die Förderung der von der Reichsberger Zentralgewerkschaftskommission aufgestellten Forderungen handelt — die Zusammenarbeit mit ihnen wünschen, ja, daß wir sogar die ganze Aktion auf ihre Mitarbeit und überhaupt auf die Mitwirkung aller sozialistischen Parteien gestellt haben. Was anderes könnten wir diesen Parteien also noch sagen, außer es wäre uns um gewisse agitatorische Wirkungen zu tun, die wir bei so ernstlichen Aktionen, wie es der Kampf um proletarische Forderungen ist, von Haus aus als illoyal ausschließen müssen.

Sie scheinen sich für Ihre Agitation große Wirkungen davon zu versprechen, da Sie uns trotz genauester Kenntnis unserer Meinungsverschiedenheiten mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei auffordern, unseren „Einfluß auf die tschechischen sozialdemokratischen Organisationen“ zugunsten der von Ihnen beantragten gemeinsamen Aktion geltend zu machen. Sie scheinen zu vergessen, daß es Meinungsverschiedenheiten nicht bloß innerhalb der sozialistischen Arbeiterinternationale, sondern auch innerhalb der kommunistischen Internationale gibt und daß solche Meinungsverschiedenheiten selbst innerhalb einzelner kommunistischer Parteien und — wenn wir nicht irren — auch innerhalb Ihrer eigenen Partei vorzukommen pflegen. Wir glauben also, daß Sie sich gerade dieses Argument, das so recht Ihre wahren Absichten durchblenden läßt, in Ihrem eigenen Interesse hätten ersparen sollen.

Ihrer Behauptung, als hätten wir je zuvor in der Frage der Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien eine andere Auffassung vertreten oder uns gar, wie Sie schreiben, durch irgend jemanden zum ersten Schritt in der von Ihnen beantragten Richtung zwingen lassen, müssen wir auf das Entschiedenste widersprechen.

Auch heute noch stehen wir auf dem Standpunkte, daß der Proletariatskongress, der auf dem gesamten Willen aller in der Arbeiterbewegung wirkenden Elemente aufgebaut und von ihm getragen ist — bis zur vollsten Wiedervereinigung des Proletariats in der alten Partei — die einzig mögliche Form für die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterbewegung und die Sicherung einer einheitlichen Kampfführung darstellt. Hätten Sie damals keine Schwierigkeiten gemacht, so hätten wir, da alle anderen sozialistischen Gruppen unserem Vorschlage bereits zugestimmt hatten, zur Konstituierung des Proletariatskongresses schreiben und ein machtvolles Kampfinstrument aufrichten können, das befähigt gewesen wäre, den Kampfen des Proletariats, die nicht bloß auf parlamentarische Effekte berechnet waren, sondern die großen und entscheidenden Fragen des Ringens um die Verwirklichung des Sozialismus zum Ziele hatten, vollen Erfolg zu sichern.

Sie aber haben — und nur Sie — durch Ihr ablehnendes Verhalten den einzig möglichen Weg zur Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats zunichte gemacht. Es ist daher durchaus unangebracht, daß gerade Sie, die Sie mit der alleinigen Schuld belastet sind, da Ihre jegige Einladung nicht überall und nicht sofort den nötigen Widerfall findet, sich zum Richter über die anderen aufwerfen, die anderen anklagen und für die schlimme Lage verantwortlich machen, in welche Sie sich selbst durch Ihr damaliges und seither fortgesetztes Verhalten gebracht haben.

Aus dieser Lage können Sie sich weder durch ein noch so starkes Poltern Ihrer beiden deutschen Blätter, noch auch durch die an früherer Stelle dieses Schreibens gerügten Kampfmethoden herauswinden. Schon gar nicht aber können Sie durch solche Kampfmethoden unserer Partei etwas anhaben, die sich nicht nur in jedem Augenblick zur Kampfgemeinschaft mit sämtlichen anderen sozialistischen Parteien bereit erklärte, sondern sogar, wie wir es nachweisen konnten, wiederholt selbst die Initiative ergriff und den einzig möglichen, für alle Teile einzig gangbaren Weg zum Ziele anzeigte.

Das müßten wir Ihnen in Beantwortung Ihres letzten Schreibens sagen. Im übrigen zu weisen wir Sie, um uns nicht in Wiederholungen ergehen zu müssen, auf unser früheres Schreiben, dem wir nichts weiter hinzuzufügen haben.

Mit proletarischem Gruß:

E. J. m. p.

Der Parteitag der finnlandischen Sozialdemokratie.

Während in den skandinavischen Ländern die Arbeiterbewegung bestrebt ist, aktiv an der Gestaltung des politischen und sozialen Lebens mitzuwirken, ja in Schweden und Dänemark sogar rein sozialistische Regierungen bestehen, hat die finnlandische Sozialdemokratie sich etwas abseits gehalten. Die Ursache dieser Haltung der finnlandischen Sozialdemokratie ist in den Erfahrungen des Bürgerkrieges zu suchen. Die finnlandische Sozialdemokratie erlangte kurz vor Ausbruch des Krieges im Parlament die absolute Mehrheit, konnte aber diese Stellung nicht ausnutzen, da der russische Zar, der gleichzeitig Großfürst von Finnland war, das finnlandische Parlament nie einberief. Nach der russischen Revolution wurde daraufhin eine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung unter Führung des Sozialisten Toivo gebildet, die vergeblich versuchte, Finnland selbstständig zu machen. Es folgten Neuwahlen, bei denen die Bürgerlichen eine knappe Mehrheit erzielten und es folgte der Bürgerkrieg, in dem die „Weißen“ mit Hilfe der sudendorffischen Truppen siegten. Nach dem Sieg der „Weißen“ setzte die Verfolgung der „Roten“ ein. Der finnlandische Sozialdemokrat Toivo schlägt sich zur Zeit armfelig in Kanada durch, viele andere Sozialdemokraten müssen sich ebenfalls noch im Auslande aufhalten und in Finnland sitzen immerhin noch 500 im Gefängnis. Es soll allerdings nicht abgestritten werden, daß gegenüber 1918 eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist, daß die Sozialdemokratie wieder einen bedeutenden Einfluß ausüben kann und daß die Mehrzahl der 1918 Verhafteten wieder freigelassen worden ist. Aber die oben genannten Beispiele zeigen, daß die Nachwirkungen des Bürgerkrieges immer noch nicht überstanden sind, daß die restlose Amnestie aller „Roten“ immer noch nicht erfolgt ist. Aber es wird wohl nur eine Frage der Zeit sein, wann Toivo und seine Leidensgenossen zurückkehren können, wann das Schutzkorps verschwindet und wann wieder eine absolute ruhige Atmosphäre herrscht.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Bürgerkrieges hatte die finnlandische Sozialdemokratie Beschlüsse gefaßt, die eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung faktisch unmöglich machte. Die Politik der Sozialdemokratie hatte sich darauf beschränken müssen, die rechtsradikalen Kreise auszuschalten und die sehr starken demokratischen Schichten des Bürgertums so weit wie möglich zu schützen. Dies ist auch im wesentlichen geglückt, denn unter der Führung des ersten Präsidenten des Landes, des Linkdemokraten Ståhlberg, erhielt Finnland eine demokratische Verfassung, wurden die demokratischen Verwaltungsreformen durchgeführt und wesentliche sozialpolitische Gesetze, wie der Achtstundentag, angenommen. Durch diese Politik wurden immer engere Verbindungen hergestellt zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Linksparteien, aber infolge früherer Beschlüsse war die Bildung einer Regierung zwischen diesen Parteien nicht möglich. Es war selbstverständlich, daß die rein negative Einstellung zur Frage der Regierungsbildung nicht immer aufrecht erhalten werden konnte, daß allmählich eine positivere Einstellung gefunden werden mußte. Auf dem diesjährigen Parteitag im Februar in Helsingfors ist der erforderliche Beschluß gefaßt worden. Die finnlandische Sozialdemokratie wird sich künftig an der Bildung einer Regierung beteiligen, wenn eine Zweidrittel-Mehrheit im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion der Ansicht ist,

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter im Wachsen.

Über zwei Millionen Haupt-Unterstützungsempfänger. — Im ganzen fünf bis sechs Millionen betroffen.

Berlin, 11. Febr. (Eigenbericht.) Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen hat sich die Zahl der Erwerbslosen auch in der zweiten Hälfte noch erheblich vermehrt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg von 1.768.000 auf über zwei Millionen. In dieser Zahl finden sich allerdings auch die höher bezahlten Angestellten, die jetzt zum erstmaligen Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die

Zahl der schlagsberechtigten Personen stieg von 2.000.000 auf 2.353.000. Rechnet man noch die Hunderttausende von Erwerbslosen, die keine Unterstützung beziehen, und die vielen Kurzarbeiter hinzu, so sind es fünf bis sechs Millionen Menschen, die direkt oder indirekt innerhalb des Deutschen Reiches von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Neue Hausdurchsuchungen in Südtirol.

Innsbruck, 11. Febr. Wie die hiesigen Blätter melden, wurden bei einer Reihe politischer Persönlichkeiten Südtirols neuerlich Hausdurchsuchungen vorgenommen, so beim ehemaligen Abgeordneten Reutti-Nicolussi in der Kanzlei der Volkspartei, im Sekretariat der Abgeordneten, im Gefellenhaufe usw. Wie die Blätter weiter melden, ist in Schwandorf Dr. Adolf Solder, der Konzipient des Advokaten und Abgeordneten Dr. Tinkl verhaftet worden, weil

daß durch eine solche Regierungsbeteiligung wesentliche Arbeit für die Interessen der Arbeiterschaft geleistet werden kann.

Die Einstellung der finnlandischen Partei zur Beteiligung an der Regierung ist also jetzt dieselbe wie in allen anderen Ländern; es hängt von den herrschenden Verhältnissen ab, ob die Sozialdemokratie sich an der Regierung beteiligt. Diese Neuorientierung bedeutet aber keineswegs eine Rechtswendung, denn der Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung einer Regierungsbeteiligung war einfach nicht mehr zu halten. Auf dem Parteitag herrschte vielmehr ein sehr tiefer Linkswind. Der führende Politiker des rechten Flügels Tanner, sicherlich der bestgebildetste und fähigste Politiker der Partei, ist von seinem Posten als Parteivorstand zurückgetreten und durch den radikaleren Passivori ersetzt worden. Der äußere Anlaß des Rücktritts Tanners ist sehr interessant. Tanner ist gleichzeitig Leiter des Helsingfors Konsumvereins und ist wegen dieser seiner Tätigkeit sehr scharf angegriffen worden, da er den Lohnforderungen seiner Angestellten nicht genügend entgegen gekommen ist, weil die Bewilligung dieser Forderungen eine Erhöhung der Preise zur Folge gehabt hätte und somit nur auf Kosten der Konsumenten möglich gewesen wäre. Tanner hat auch seine übrigen Posten in der Partei niedergelegt und wird sich künftig im wesentlichen in der Genossenschaftsbewegung betätigen. Mit Tanner sind viele andere führende Rechtspolitiker zurückgetreten, von denen Keto im Auslande am bekanntesten ist. Zum Parteisekretär wurde der führende theoretische Kopf der Partei, der sehr radikal eingestellte Magister Wilk gewählt, der die Partei auf fast allen internationalen Kongressen vertreten hat und deswegen vielleicht einigen Lesern bekannt sein dürfte. Die auf dem Parteitag vorherrschende radikale Tendenz kommt auch in den verschiedenen Beschlüssen zum Ausdruck, so vor allem in der Resolution für eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben.

Die Möglichkeit, daß die finnlandische Partei sich an einer Regierungsbeteiligung beteiligt, ist also nicht allzu groß, da eben die Radikalen jetzt die Leitung in ihrer Hand haben und da außerdem

er angeblich die italienischen Staatsbahnen verunglimpft habe.

Die ungarischen Geldfälliger.

Budapest, 10. Febr. Im Verlauf der ergänzenden Recherchen wurden heute Windischgrätz und Radossy verhört. Damit sind die ergänzenden Untersuchungen abgeschlossen. Für diese Erhebungen bestellen Beamten werden der Staatsanwaltschaft morgen Bericht erstatten.

die parlamentarische Lage nicht allzu günstig ist. Von den 200 Sitzen im Parlament hat die Partei 60 inne. Als sicherer Bundesgenosse käme höchstens die Fortschrittspartei in Frage, die aber nur 17 Abgeordnete zählt. Vielleicht könnten die Sozialdemokraten auch noch mit der nationalen Minderheit, mit den 23 Schweden, zusammenarbeiten, aber die Ehe würde sicherlich nie eine glückliche werden. Dagegen müßte die Partei bestimmt mit der Opposition der 38 finnischen Konservativen und der 44 Bauernbündler rechnen, die zwar einst demokratisch eingestellt waren, jetzt aber, wo die Forderungen der Kleinbauern mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen worden sind, immer mehr nach rechts abschwanken. Außerdem würden die 18 Kommunisten den Sozialdemokraten das Leben nicht allzu leicht machen. Ob unter diesen Verhältnissen die Sozialdemokratie mit den Fortschrittspartei und den Schweden eine Regierung bilden wird ganz davon abhängen, welche Geschäfte gerade aktuell sind.

Außerdem wird in den kommenden Wochen noch eine andere für die Arbeiterschaft wichtige Entscheidung fallen, nämlich die Entscheidung über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Während die Partei unter der umsichtigen Leitung von Tanner die Rückwirkungen des Bürgerkrieges bald überwand, hat die Gewerkschaftsbewegung, wo führende Persönlichkeiten fehlen, eine schwere Krise durchgemacht. Die Kommunisten besetzten eine Position nach der anderen und verdrängten die sozialdemokratische Arbeiterschaft fast vollständig. Die Folge war, daß die Gewerkschaften ihre eigentlichen Aufgaben aus dem Auge verloren und zu einer kommunistischen Parteizentrale wurden. Die Sozialdemokraten hoffen, daß die Kommunisten jetzt endlich abgewirft werden und daß es möglich sein wird, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wieder rein gewerkschaftliche Ziele zu vertreten. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob diese Hoffnungen berechtigt sind, was äußerlich in einem Anschluß an die Amsterdamer Internationale zum Ausdruck kommen würde. Schlugen die Hoffnungen fehl, dann wird wohl eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung unvermeidlich sein.

Inland. Eine traurige Bilanz.

Die Bilsner „Nova Doba“ brachte die Nachricht, daß der Beamtenabbau 500 Millionen Kronen gekostet hat. Dieser Betrag war notwendig, um den bedauernswerten Opfern des Dezembergesetzes eine halbwegs angemessene Abfertigung zahlen zu können. Das Abbaugesetz habe sich nicht bewährt, habe keine Ersparungen zur Folge gehabt, es solle jetzt aufgelassen oder wenigstens nicht mehr gehandhabt werden.

Es ist natürlich falsch, wenn ausgerechnet die Koalitionsprelle erklärt, daß sich der Abbau nicht bewährt habe, denn in ihrem Interesse hat er sich sehr, sehr gut bewährt. Mit Hilfe des Abbaugesetzes wurde die Zahl der nach all den vorangegangenen Schikanen noch verbliebenen deutschen Beamten, Angestellten, Bediensteten und Lehrer dezimiert, tausende deutsche Eisenbahner und Postler flogen aufs Pflaster und ein Koalitionsminister hat sich sogar öffentlich gerühmt, daß er seine Ressorts gründlich vom deutschen Element gesäubert habe. Im Sinne der Koalitionsparteien und ihrer journalistischen Handlanger bedeutete also der Beamtenabbau einen vollen Erfolg und es ist mindestens eine widerliche Heuchelei, wenn man jetzt plötzlich mit frommem Augenaufschlag versichert, man werde das Gesetz abschaffen, da es in staatsfinanzieller Beziehung verfehlt habe. Das hat nämlich die Opposition schon viel früher gesagt, das hat sie bereits vor der Durchbrechung der Abbauvorlage im Parlament ausgesprochen, ohne allerdings auch nur auf Gehör zu stoßen. Jetzt, da das Abbaugesetz überflüssig geworden ist, einerseits, weil die Sprachverordnung an seine Stelle trat und andererseits, weil nicht mehr viele deutsche arbeitende Menschen weiter im Staatsdienst sind, da erinnert man sich plötzlich, daß ja auch die berühmte Ersparungsdividende sich niemals an dem dazu würdigen Objekt auswirkte, ein Schlag ins Wasser war.

Tausende und aber tausende deutsche Profektarier wurden um ihren Arbeitsplatz gebracht, im langjährigen treuen Dienste ergrauten Männer auf die Straße gesetzt, nur weil sie das Unglück hatten, Deutsche zu sein. Unzählige Existenzen wurden vernichtet, unzählige Menschen dem Gespenst der Arbeitslosigkeit, dem nagenden Hunger, dem entsetzlichsten Elend ausgeliefert. Verbriefte Rechte wurden mit einem Federstrich beseitigt. Der Post- und Eisenbahnverkehr im deutschen Gebiet wurde vollständig unterbunden; die ganze Welt hat ein höhnisches Gelächter angestimmt über die unzustellbaren Briefe, über die tschechoslowakische Kohrpost in Reichenberg und Marienbad, über den tschechischen Kondukteur, der in einen falschen Zug eingestiegen ist. Das alles ist geschehen; kein Aufschrei der gepeinigten Opfer wurde erhört, kein moralischer Protest nicht. Mit einem Hohnschrei gingen die verantwortlichen Faktoren über alle Einwendungen hinweg. Die tschechischen Sozialdemokraten, die jetzt in ihren Provinzblättern — allerdings nur in diesen — das Abbaugesetz als einen politischen Fehler bezeichnen, haben geschwiegen, solange es nicht post festum war. Sie haben kein Wort des Einspruches fallen lassen, ja, wir haben von ihnen nicht ein einzigesmal auch nur menschliche Töne des Bedauerns für das Schicksal der Abgebauten gehört. An dieser Tatsache ändert auch nachträgliche Kritik nichts.

Es ist ein Hohn für die Bedauernswerten, die unter die Guillotine des Abbaugesetzes gerieten, wenn man jetzt erklärt, die ganze Sache habe sich nicht bewährt und man werde es daher fürder anders machen. Wie man es machen wird, das weiß man ja schon: das Fallbeil der Sprachverordnungen wird auf die niederlausen, die

Eileen lächelte und wandte ihr Gesicht voll dem ihres Begleiters zu.

„Gerade jetzt ist es besser, wenn Sie nach Dawson gehen. Sie brauchen Zeit, um sich über sich selbst klar zu werden.“

„Ich bin mir längst über mich klar, Eileen.“

„Das glauben Sie. Aber es könnte eine Täuschung sein. Jetzt lassen Sie uns aber zurückgehen. Es fängt schon an dunkel zu werden, und ich habe noch mein bißchen Gepäck auf den andern Schlitten zu verladen. Aber einen Dank sollen Sie doch haben für all die Mühe und Last, die ich Ihnen verursacht habe.“

Und ehe Escher erraten konnte, was sie meinte, hatte sie einen Arm um seinen Hals gelegt und drückte ihm einen Kuß auf die Lippen.

Er war wohl etwas heißer ausgefallen, als sie beabsichtigt hatte, denn sie beilte sich, hinzuzufügen:

„Es war nur ein Dankeskuß — Herbert. Er verpflichtet zu nichts!“

Am nächsten Morgen begleitete Escher Eileen, nachdem diese sich von den beiden Patersons herzlich verabschiedet hatte, eine Strecke auf ihrem Wege.

Sie gingen hinter dem Schlitten der neuen Bekannten Eileens her. Kenlo war als weitere Jugkraft für die durch Eileens Gepäck vermehrte Last des Schlittens dem Gespann zugeteilt worden.

Als sie nahezu eine Meile gewandert waren, blieb Eileen stehen.

„Gehen Sie jetzt zurück, Herbert. Warum wollen wir es uns noch schwerer machen?“

Sie hatte sich vorgenommen, tapfer zu sein; als sie ihm aber jetzt ihre Hand reichte zum letzten Druck, da brach es doch heraus. Sie mußte sie ihm rasch wieder entziehen.

„Good by, Herbert!“ sagte sie mit starker Stimme und wandte sich ab, um ihn ihre Tränen nicht sehen zu lassen.

„Good by, Eileen!“ rief er ihr nach, als sie schon dem Schlitten folgte, der schon eine Strecke voraus war.

Lange blickte er ihr nach. — Dann wandte er sich, um nach Fort Selfirk zurückzukehren, das da hinten, weit hinten auf der Schneefläche an mehreren Rauchsäulen kenntlich war, die aus einzelnen Häusern aufstiegen. Er wuschte sich über die Augen.

„Verdamnte Frühlingssluft!“ murmelte er. „Man sollte nicht glauben, wie die einen in die Augen beißt.“

XV.

Ein Abend im Malamut-Salon.

Wenn Doby Evans, der Entdecker des ersten reichen Goldagers am Karibu-Creek, im September des vergangenen Jahres verkündet hatte, Dawson würde in einem Jahre fünfzigtausend Einwohner haben, so konnte man schon jetzt, im Mai 1898, sicher sein, daß er richtig prophezeit hatte. Denn noch war das Eis auf dem Yukon nicht in Bewegung, noch konnten die Dampfer vom Beringsmeer, in das er mündete, nicht heraufkommen, nicht die Scharen der dort wartenden Goldsucher und die viel heißer und inbrünstiger erscheinenden Nahrungsmittel den Tausende von Meilen langen Flußlauf heraufschleppen. Aber doch zählte die Stadt schon nahezu zehntausend Einwohner, die von allen Seiten her hier zusammengeströmt waren. Und keiner kümmerte sich um den anderen, jeder hatte mit sich zu tun.

Die Straßen waren bei dem langsam auftauenden Schnee kaum passierbar, trotzdem aber voll von Menschen, die sich freilich zumeist auf den aus dicken Holzplanen hergestellten erhöhten Seitenwegen für Fußgänger hielten, während die Mitte der Straße den Packpferden antommender ober ausziehender Goldgräber und den Geschirren überlassen blieb, die sich mit ihren beschleichenen

Lasten durch den weichen Lehm wühlten. Überall herrschte eine fieberhafte Bautätigkeit.

Und der Mann, der als König über all diesem rastlosen Leben und Treiben herrschte, und von allen willig oder unwillig als solcher angesehen wurde, war Doby Evans. Er hatte sich nicht damit begnügt, seinen Claim zu bearbeiten, sondern hatte in klarer Voraussicht alles dessen, was die Zukunft bringen würde und zum großen Teil schon gebracht hatte, mit seinem Punde gewuchert. Mehr als die Hälfte aller vorhandenen Baublöcke, von denen er jetzt jeden einzelnen für ebensoviele Tausende von Dollar verkaufte, als er Cents dafür bezahlt hatte, gehörte ihm. Die Sägemühlen, die das Holz für die Häuser und für die Boote lieferten, die an den Ufern des Klondike und Yukon gezimmert wurden, waren sein Eigentum. Bereits war ein Elektrizitätswerk im Bau, das in wenigen Monaten die Stadt mit Strom versorgen würde. Die ungeheuren Kapitalien für seine Unternehmungen hatte er sich dadurch verschafft, daß er in der Voraussicht, daß die Nahrungsmittel knapp werden würden, bevor die Schifffahrt auf den Strömen wieder möglich war und neue Vorräte herangeschafft werden konnten, alle greifbaren Bestände aufkaufte. Damit erworb er dann Dutzende der besten Claims. Wenn ihre Eigentümer nicht verhungern wollten, waren sie gezwungen, zu verkaufen; denn noch der ungeheuren Preise war es eine Gunst, wenn Evans ihnen Lebensmittel verkaufte, und er tat es selten anders als im Tausch für einen Claim. Diesen verkaufte er dann an eine Gesellschaft weiter. Gold war ja genug vorhanden, nur die Nahrung fehlte. Stets behielt er sich aber auch in diesen Gesellschaften so viele Anteile, daß er sich einen maßgebenden Einfluß sicherte. Nur seinen eigenen Claim, wo er zuerst das Gold gefunden hatte, behielt er und ließ ihn unter einem Aufseher bearbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwäcker am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

47 von Emil Droonberg.

Prof. Dieß ist ein Landsmann von Ihnen und er hat ihn mir einst erklärt. Sie werden ihn verstehen, wenn ich die Worte vielleicht auch nicht richtig ausspreche. Er heißt:

Wißt du schon ein Hemmschuh sein fremdem Lebenslauf, Häng dich ihm bergunter an, aber nicht bergauf.

„Das klingt ja fast, als ob unsere jetzige Trennung nur so lange dauern soll, bis ich entweder oben auf dem Berge angelangt bin, oder auf meinem Wege in die Höhe ins Rutschen komme, wo Sie dann bereit sein würden, der Hemmschuh zu sein, der mich vor weiterem Hinabgleiten bewahrt?“ fragte Escher, jetzt schon wieder lächelnd.

„Es heißt, daß Eileen Malamut ihren besten Kameraden nicht vergessen und sich freuen wird, ihn wieder zu sehen zu einer Zeit, wo sie sicher sein darf, — ihm kein Hemmschuh nach oben zu sein.“

„Dann darf ich Ihnen schreiben?“

„Ja, und Sie werden mir alles erzählen, was Sie in diesem merkwürdigen Lande noch erleben werden.“

„Und Sie? Sie werden mir schreiben, ob Sie Ihren Vater gefunden haben. Denn ich bin doch besorgt um Sie. — Ich weiß noch immer nicht, ob ich nicht besser tun würde, Sie nach Fort Julon zu begleiten — gerade jetzt.“

nach von keinem Abbaudekret erreicht wurden. Aber es wird den Schuldigen auch so nicht gelingen, ihre Verantwortung vor dem Richterstuhl der Geschichte, leider auch vor dem der Geschichte der Arbeiterbewegung, zu leugnen oder auf andere abzuwälzen!

Stina und die Regierung. Außenminister Dr. Benes wird sich auf der Rückreise aus Temesvar zwei Tage in Preßburg aufhalten. Dieser Aufenthalt soll den Zweck haben, die Wünsche einiger oppositioneller Führer, besonders der slowatischen Volkspartei, hinsichtlich der Möglichkeit ihres Eintrittes in die Regierung anzuhören. Hierzu wird dem „Pr. Lidu“ aus Preßburg gemeldet, daß die Abgeordneten und Senatoren der slowatischen Volkspartei vor der Parla-

mentstiftung eine Beratung abhalten werden, in der die Entscheidung über die Frage des Eintrittes der Volksparteier in die Regierung getroffen werden soll. Diese Beratung soll gegen den Willen Hintas einberufen sein.
In unserem geliebten Leitartikel „Die Sprachverordnungen 1897 und 1926“ ist eine unrichtige Angabe enthalten. Es heißt dort, daß Dr. Kramar zur Zeit der Herausgabe der Badenischen Sprachverordnungen Minister war. Das ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß Dr. Kramar in jener Zeit Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses war und in dieser Eigenschaft gemeinsam mit Abrahamowicz sich bemühte, die Obstruktion gewaltsam zu brechen, indem er die Polizei ins Parlament führte.

Die deutsche Sozialdemokratie über Mussolini.

Die Rede des Genossen Friedrich Stampfer im deutschen Reichstag.

Wie wir bereits berichteten, hat im Reichstag als Vertreter der Sozialdemokraten Genosse Friedrich Stampfer über Mussolini und seinen strech-nosse Stampfer rechnete in scharfen trägt. Seine Rede ist die glänzendste. Stampfer sprach aber nicht eigentlich die Stimme der den folgenden den Hauptteil der Rede

hat im Reichstag als Vertreter der Sozialdemokraten, Chefredakteur des Berliner „Vorwärts“, Angriff auf das deutsche Volk gesprochen. In seinen Worten mit dem System ab, das Mussolini die Entwürdigung auf den Wahnsinnsausbruch des nur als Vertreter der Fraktion, seine Rede ist tschen Arbeiterklasse. Wir geben im wieder:

Das ist der entscheidende Punkt: Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teiles des deutschen Volkes würde kraftlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundsätzliches Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Sozial.)

Dieser überspannte Nationalismus brüllt, homerisch gesprochen, wie tausend Ochsen, wenn er meint, daß irgendwer beabsichtigt, ihm nahe zu treten. Dieser selbe Nationalismus aber begegnet jedem Schmerzschrei der getretenen Kreatur mit wilden Drohungen. Ich frage Italien, nicht jenes Italien, das heute die Frage des Faschismus trägt, ich frage jenes Italien, das uns teuer ist aus der Geschichte seiner Kämpfe für seine Freiheit und Einheit, ob es nicht instand ist, die Gefühle zu begreifen, die Deutschland angesichts der Leiden der deutschen südtirolischen Bevölkerung empfinden muß. Jeder Italiener kennt die Geschichte von dem österreichischen Feldmarschall Haynau, der wegen der schändlichen Unterdrückung in Oberitalien eines Tages in London von kräftigen Bravourdarstellern mit derben Häuften gepackt und in ein Bräuerisafz hineingepackt wurde. Das könnte dem italienischen Ministerpräsidenten von heute zur Warnung dienen. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Es sei denn, er hätte alle Absichten auf weitere Auslandsreisen aufgegeben, wozu er ja nach den Erfahrungen von Locarno einigen Anlaß zu haben scheint. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Die Bedrückung unserer deutschen Volksgenossen in Südtirol können wir nur als einen Teil des Systems des Faschismus verstehen.

Wie soll denn Südtirol atmen können in einer Atmosphäre, in der ganz Italien erstickt? (Sehr wahr! bei den Sozial.) Wie soll Herr Mussolini Freiheit und Recht den wenigen Deutschen seines Landes angeheißt lassen können, wenn er sie den 42 Millionen Italienern verweigert? Wie soll Ordnung und Freiheit in Südtirol herrschen können, wenn in ganz Italien der politische Mord, die Brandstiftung gegen politische Gegner an der Tagesordnung ist?

Herr Mussolini hält sich für einen Cäsar. Er ist nur ein Caillaux.

Einem Ministerpräsidenten, dessen Regierungsmethode selbst die Barbarei ist, steht es schlecht an, andere als Barbaren zu bezeichnen und über die „primitiv gekleideten Individuen“ zu sprechen, die Italiens Straßen bevölkern, wo er selber doch einmal zu den primitiv gekleideten Individuen gehört hat. Als ein solches primitiv gekleidetes Individuum haben wir ihn gekannt, aber damals hat er uns besser gefallen, als jetzt in seinem Herzogsmantel. Ihm am allerwenigsten steht es an, im aufgelassenen Hochmurm eines Emporkömmlings über die zu spotten, die keine so guten Schneider haben wie er. Es gibt ja Leute, die glauben, daß für ganz Europa eine Mussolinische Ära bevorsteht. Herr Mussolini hat selbst einmal das verkündet. Ich glaube an diese Mussolinische Ära Europas nicht.

Es ist das tragikomische Mikageschid des Faschismus aller Länder, daß, wenn er einen Führer braucht, er warten muß, bis ein Sozialist verrückt geworden ist.

An die kommende Mussolinische Ära Deutschlands glaube ich deshalb nicht, weil wir unsere Mussolinische Ära schon hinter uns haben, die Schreckensära der Verschmetterungsphrasen, und wir wissen, was sie uns gekostet hat.

Weil wir Freunde Italiens sind und in diesem Augenblick unsere Grüße senden der arbeitenden Bevölkerung Italiens, deren soziale Rechte getreten sind, dem geistigen Italien, dessen Freiheit in maßloser, gewalttätiger Weise geknebelt ist, darum sprechen wir in dieser Stunde die Erwartung aus, daß es Italien rechtzeitig gelingen wird, sich zu befreien. Möge es die Zwangsjacke, die es sich in einem unbewachten Augenblick überworfen ließ, abstreifen und den hineinstekenden, der in sie hineingehört, nicht als Feinde Italiens stehen wir

deutsche Sozialdemokraten hier. Wie können wir ein Italien hoffen, das der internationalen Freiheitsbewegung so viele erlauchte Vorkämpfer gegeben hat. Einer der reinsten und edelsten Menschen war ein Italiener, er hieß Matteotti, und das Italien Matteottis lieben wir. So unheilig uns die Stätte ist, von der aus Mussolini seine Br adreden in die Welt hinausgeschleudert, so heilig ist uns die Stätte, an der ein Matteotti begraben liegt, von den ruchlosen Werkzeugen Mussolinis ermordet!

Lassen Sie mich auch sprechen von Cesare Battisti, dem Herr Mussolini in Bozen ein Denkmal setzen will. Wer war Cesare Battisti? Des Personalregister des österreichischen Reichsrats meldet trocken, daß er laut Urteil vom 12. Juli 1916 sein Abgeordnetenmandat verloren hat. Dahinter verbirgt sich eine tiefe Tragödie. Battisti war ein Sozialist, der bei Kriegsausbruch sich vorbehaltlos zur Solidarität mit dem eigenen kämpfenden Volke bekannte. Wie Ludwig Frank, der Deutsche, so zog der Italiener Battisti in den Krieg auf Seiten Italiens. Tollkühn wie er war — er war kein Mussolini — ging er an die vorderste Front. Er wurde gefangen genommen und nach korrekter Gefeschkäften als V adräverräter hingerichtet, wie in Oesterreich hunderte und tausende hingerichtet worden sind, weil sie das Recht der Volksgenossen höher stellten als die zufälligen Staatsgrenzen. Was soll der steinerne Battisti den Südtirolern sagen? Nach den stenographischen Protokollen des österreichischen Reichsrats hat er am 8. November 1913 die Schaffung der Autonomie des Trentino und eine totale Aenderung in der Politik der österreichischen Regierung gefordert. Die Regierung, sagte Battisti weiter, soll nicht vergessen, daß zwischen der Behandlung der Italiener in der Monarchie und der äußeren Politik ein enger Zusammenhang besteht. „Heraus mit der Autonomie des Trentino!“ Und am 12. Dezember 1911 erklärte er:

„Wir wollen ein Ende haben mit dieser verantwortungslosen Politik. Wie er sich auch nennen möge, der Inspirator dieser Bedrückungspolitik gegen das Trentino, des Hasses gegen die italienische Nation, der Verschwendung und der ständigen Gefahr für alle Völker Oesterreichs, sei es, wer es will, ist tatsächlich ein Anzuehungsunfähiger, ein Mensch reif für das Narrenhaus. Im Namen der Zivilisation und der Humanität müssen wir laut aufschreien und dem Unverantwortlichen zuzurufen: Weg mit der Kriegspartei, weg mit dem blutsaugenden Militarismus und weg mit den Narren, die ihn führen.“

So der tote Battisti in den Lebenden Mussolini. Wir sind bereit, uns an einer Sammlung für das Denkmal Battistis zu beteiligen, unter der Bedingung, daß diese Worte in goldenen Buchstaben auf den Sockel gesetzt werden.

Herr Mussolini droht uns jetzt mit Krieg. Ueberfälle Bewaffneter auf Unbewaffnete gehören zu den Spezialitäten des Faschismus, aber ich glaube nicht, daß die Methoden aus dem Innern Italiens ohne weiteres auf die internationale Praxis zu übertragen ist. Ich stimme dem Außenminister darin bei, daß wir gerade darum, weil sich im Süden eine Gefesgrenze aufspan hat und weil wir um das Recht der deutschen Minderheiten kämpfen wollen, in den Völkerbund hinein müßten. Der Eintritt in den Völkerbund war die beste Antwort auf die Rede Mussolinis.

Die deutschen Sozialdemokraten haben eine reiche Erfahrung darin, wie man auch ohne Waffe den Kampf gegen Unterdrückung führen kann, gestützt allein auf die Waffe des Rechts. Auf diese Waffe des Rechts gestützt, in brüderlicher Solidarität mit unseren italienischen Genossen und mit allen freien Geistern Italiens, wollen wir getrost den Tag erwarten, an dem die Wolken des Faschismus vorüberziehen und die Sonne der Freiheit scheint für Italien, für Südtirol, für alle!

Die Zinobank an der Arbeit.

Börsenmanöver gegen den Finanzminister Englis. — Dreizehn Nationaldemokraten terrorisieren die Koalition. — Die frühere Diktatur der Banken soll wieder errichtet werden.

Der Minister Englis ist nicht das Ideal eines demokratischen Finanzministers. Die proletarischen Parteien haben alle Ursache, ihn zu bekämpfen und soweit es an uns liegt, wird es an Widerstand gegen die Steuerpläne des Ministers Englis nicht fehlen. Aber gegen die Exponenten der Zinobank gehalten, ist Englis nicht nur ein Demokrat, sondern auch ein sozial denkender Finanzmann. Englis kam seinerzeit als Vertreter der Opposition in der nationaldemokratischen Partei ins Ministerium, er sollte die katastrophalen Folgen der Rasinischen Finanzpolitik, die den Staat in eine ungeheure Wirtschaftskrise gestürzt und weit über eine halbe Million Menschen arbeitslos gemacht hatte, damit die Banken verdienen konnten, abbauen, er sollte die schwersten Wunden der Volkswirtschaft heilen, da den Zinobankgegnern vor ihren eigenen Taten kange wurde. Englis war immer ein Vertreter der Bescheidenen, aber er hat sich stets zu einer Politik der Ehrlichkeit bekannt, war ein Gegner der Spekulation und der Untergrabung der Wirtschaft zu Gunsten der Finanzkapitalisten. Man wird ihn vielleicht einmal den tschechischen Caillaux nennen.

Zeit Englis offen mit der Partei der Zinobanktionäre gebrochen hat, sind ihm die Nationaldemokraten besonders auffällig. Sie konnten unter dem Eindruck ihrer vernichtenden Wahlniederlage seine Ernennung nicht verhindern. Sie bemühten aber seine ersten Projekte, um gegen ihn vorzugehen. Der Steuerplan Englis's, der aus anderen Gründen auch für uns unannehmbar ist, geht ihnen noch nicht weit genug. Die Banken sollen wieder wie zu Rasins Zeiten Nie-fengeschäfte machen, Palais errichten und immense Dividenden austreten können, und mag dabei alles zum Teufel gehen, was die Wirtschaft des Staates noch am Leben erhält. In der Koalition begannen die Nationaldemokraten gegen Englis zu wählen und seine Stellung ist heute stark erschüttert. Aber auch die

Börse marschierte gegen den mißliebigen Finanzminister auf.

In der letzten Zeit haben auf der Prager Börse starke Kurzurückgänge stattgefunden, die nicht ohne Juhn der allmächtigen Finanzbarone der Zinobank möglich waren.

Der Kurs der Kriegsanleihen ist beträchtlich gesunken!

Die Gemeinden und sozialen Institute, die kleinen Sparer und Rentner, kurz die große Masse des Kleinbürgerlichen und mittelbar dann auch

des proletarischen Volkes, soll durch die Spekulation mit dem Kurs der Kriegsanleihe getroffen werden, damit die Nationaldemokraten den Minister stürzen können, der ihnen zu wenig scharf gegen die Bevölkerung und zu hartnäckig gegenüber den Banken ist.

Aber die Hege gegen Englis in der Koalition und die schamlosen, verbrecherischen Börsenmanöver sind nicht das einzige, was an politischen und wirtschaftlichen Ereignissen der letzten Zeit auf das Konto der Finanzkapitalisten und ihrer Partei zu buchen ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß

die Anerkennung Sowjetrußlands eine wirtschaftliche Notwendigkeit ersten Ranges, seit Jahr und Tag nur durch den Starrsinn des Dr. Kramar verhindert wird. Immer wieder gelingt es den Nationaldemokraten, sie hinauszuschieben und an neue Bedingungen zu knüpfen. Welcher Schaden dabei dem Volke erwächst, ist heute allen politisch und wirtschaftlich denkenden Menschen klar. Die innerpolitische Atmosphäre wurde aufs neue

durch die Herausgabe der Sprachverordnungen

vergiftet. Auch diese Verordnung war eine „Gefälligkeit“ für die Partei des Herrn Kramar. Auf wirtschaftlichem, finanzpolitischem, nationalem und außenpolitischem Gebiet machen sich die Folgen der Politik der Kramarpartei katastrophal geltend.

Während eine Opposition von 140 Abgeordneten weder Einblick noch Einfluß besitzt, während drei Millionen Deutsche und eine Million kommunistischer Arbeiter kein Recht in diesem Staate haben, terrorisiert eine Gruppe von 13 Exponenten des Finanzkapitals die Regierung, die Koalition, und beherrscht mit ihren Intrigen und Tücken, ihren Börsenmanövern und Spekulationen den Staat.

In der Koalition aber sitzen 29 Sozialdemokraten und 28 tschechische Nationalsozialisten, die sich von den 13 Gefolgsmännern des Kramar täglich in die Suppe spucken lassen. Es gibt nur ein Mittel, die Diktatur der Banken zu Falle zu bringen, den geschlossenen, energischen Abwehrkampf der gesamten Arbeiterklasse des Landes.

Der ständige Ratsitz Deutschlands.

Polen und Spanien verlangen ebenfalls einen ständigen Sitz. — Verschiebung der Aufnahme Deutschlands?

Bern, 11. Febr. (Helv.) Die für Freitag angelegte Sitzung des Völkerbundes wird wahrscheinlich kurz sein, da nur ein Punkt auf der Tagesordnung steht, nämlich die Festsetzung des Zeitpunktes für den Zusammentritt der außerordentlichen Völkerbunderversammlung, die über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beschließen hat. Diefür ist die Zeit zwischen dem 7. und 15. März vorgesehen. Der Völkerbundrat wird vorher eine Tagung abhalten, die kaum mehr als fünf Tage dauern dürfte. Den Vorsitz wird der japanische Vertreter Baron Ishii führen. Auf der Tagesordnung der Ratstagung steht u. a. die Beschlußfassung über die Zuerkennung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland. Die Mitglieder des Völkerbundrates schienen bis jetzt noch nicht einig zu sein über die Frage, ob schon in der Märztagung über die Erhöhung der Zahl der ständigen Ratsitze ein Beschluß zu fassen sei. Bekanntlich verlangen mehrere Staaten, darunter Spanien und Polen, einen ständigen Ratsitz, und zwar möchten sie diesen gleichzeitig mit Deutschland erhalten. Mehrere Mitglieder des Rates befürworten diese Lösung, gegen die England Einwände macht. Großbritannien möchte einen so schwerwiegenden Beschluß, der eine Abstimmung über die Erweiterung des Rates zur Folge hätte und seine endgültige Lösung nur in einer ordentlichen Völkerbunderversammlung finden könnte, auf den Monat September verschoben sehen.

Deutsche Einwendungen.

Berlin, 11. Febr. Die offiziöse diplomatisch-politische Korrespondenz beschäftigt sich heute mit den Ansprüchen Polens, Spaniens und Brasiliens auf ständige Ratsitze im Völkerbundrat und betont vom Standpunkt der deutschen Interessen die grundsätzliche Einwendung, welche gegen eine Herabminderung des Alters der Aufnahme Deutschlands in den Rat zu erheben ist. Eine solche wäre zweifellos in der Tatsache zu erblicken, daß etwa diese Aufnahme Deutschlands verbunden würde mit einer Erweiterung der bisher den Großmächten reservierten ständigen Ratsitze auf mehrere Mittelmächte mit einer Globalaufnahme neuer Ratsmitglieder, für die das nach der ursprünglichen Struktur des Rates nicht vorgesehen war.

Ausweichende Erklärung Chamberlains.

London, 11. Febr. Im Unterhause richtete MacDonald an den Staatssekretär des Aeußeren die Frage, ob er über die Pressemeldungen, wonach außer Deutschland noch zwei andere ständige Sitze im Völkerbund gewährt werden sollen, eine Erklärung abgeben könne und ob die Regierung hinsichtlich dieser Ansprüche irgendeine Aktion unternommen habe.

Chamberlain erwiderte: Das deutsche Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund hat, wie wohl nicht zu vermeiden war, die ganze Frage der Zusammensetzung des Völkerbundrates aufgerollt und auch auf anderer Seite zur Geltendmachung von Ansprüchen geführt. So lange solche Ansprüche nicht formell vorgelegt und dafür und dagegen sprechenden Gründe gehört worden sind, ist es nicht möglich, irgendwelche endgültige Entscheidungen darüber zu treffen, in welcher Weise man den Interessen des Völkerbundrates und überhaupt des Völkerbundes am besten dient.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 13. d. M.
Prag, 17: Konzert; 18.15: Deutsche Sendung, Dr. A. Moucha: Das gute Buch; 20.02: Solistenkonzert. — Brünn, 20.10: Einakter und Rezitation. — London, 22: Große Funfrevue. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 21: Aunternburg. — Stuttgart, 20: Kammermusik. — Leipzig, 20.15: Szenen aus Parisfal. — Breslau, 20: Orchesterkonzert. — München, 18: „Die Meisterfinger von Nürnberg“. — Frankfurt, 21.15: Weiterer Abend. — Wien, 20: Oester. Komponisten-Abend. — Zürich, 20.30: Auslandschweizer-Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Der Hakenkreuzkadaver.



Begräben! Er sinkt ja schon.

Die politische Affäre der gefälschten tschechischen Banknoten.

Der erwachende ungarische Universitätsprofessor — der deutsch-nationale Abgeordnete — der christlichsoziale Landeshauptmann — der Herr Bundeskanzler.

Der ungarische Ministerpräsident Bethlen wartet jetzt, wie wir gestern schon berichteten, mit aufsehenerregenden Mitteilungen über die Fälschungen tschechoslowakischer Banknoten im Jahre 1922, über die in diese Affäre verwickelten Personen und über die Art und Weise auf, wie dieser Fall seinerzeit beigelegt worden sein soll. Darnach hat der ungarische Universitätsprofessor Mejsaros mit noch zwei Ungarn, ferner einem Dr. Escherich und dem jüdisch-deutsch-nationalen Abgeordneten Baerau erst in Wien und dann in Begelsdorf bei Graz das Notenfälschergeschäft in die Hände genommen. In Steiermark war ihnen, laut dem Berichte Bethlens, der christlichsoziale Landeshauptmann Rintelen behilflich und dessen Sekretär Huber laufen für sie die Druckerei. Auf die Weisung des Landeshauptmannes hatte die Gendarmarie dafür zu sorgen, daß die Arbeit nicht gestört werde. Aber auch sonst wurde die Druckerei von Bewaffneten bewacht. Die falschen tschechischen Noten wurden nach Graz überführt, oft in dem Auto des Landeshauptmannes Rintelen. Von Graz wurden sie dann mit Hilfe von österreichischen und ungarischen Grenzsoldaten nach Budapest gebracht. Als man den Versuch machte, die Noten in Verkehr zu bringen, wurde infolge des Einschreitens der tschechischen Regierung Mejsaros und einige seiner Genossen in Wien verhaftet; und dem Landesgericht eingeliefert. Nach der Verhaftung des Mejsaros ging der Wiener ungarische Gesandte Masfrevics zum damaligen Bundeskanzler Schober und ersuchte ihn, da die Fälscher aus patriotischen Gründen handelten und keine Gewinnabsichten hatten, das Verfahren gegen sie niederschlagen zu lassen. Masfrevics kümmerte sich dann einige Zeit hindurch nicht um die Angelegenheit, bis eines Tages Mejsaros in der ungarischen Gesandtschaft erschien. Dann sprach der Gesandte von neuem beim Bundeskanzler Schober vor, der ihm mitteilte, daß sich mehrere Abgeordnete der christlichsozialen Partei für die Angeklagten bei ihm eingesetzt und die Einstellung des Verfahrens verlangt haben. Schober hat auf Grund dieser Vorstellungen das Verfahren dann einstellen lassen. Und da, so sagt Bethlen, die österreichischen Behörden das Verfahren gegen die Fälscher eingestellt hätten, so hätte auch Ungarn das Verfahren gegen sie einstellen müssen.

Ob das wahr ist, was Bethlen sagt, können wir natürlich heute nicht feststellen; jedenfalls wird doch die österreichische Regierung nun, nachdem bereits von sozialdemokratischer Seite in dieser Sache eine Interpellation im Parlament eingebracht wurde, für Aufklärung sorgen.

Für uns von besonderem Interesse ist natürlich der Anteil Baeraus an dieser Affäre. Angeblich war Baerau damals, so berichtet die „Stunde“, mit dem Prinzen Windischgrätz und General Eysler, Haupt einer Verschwörung gegen die Tschechoslowakei, die über Wien nach Budapest reichte. Die Verschwörer hätten zuerst die Tschechoslowakei mit falschen Noten überschwemmen und so das Mißtrauen der Bevölkerung gegen das herrschende System steigern wollen. Dann hätte ein Aufstand in der Slowakei und in Deutschböhmen entzündet werden und ungarische Freischärler in die Tschechoslowakei ein-

ziehen sollen. Auf die Mitteilungen des tschechoslowakischen an das österreichische Außenministerium seien dann einige Fälscher (darunter Mejsaros) verhaftet, das gefälschte Geld (4.250.000 tschechische Kronen) und die Aufmarschpläne beschlagnahmt worden.

Wie weit diese Einzelheiten auf Wahrheit beruhen, wird sich wohl gleichfalls nunmehr bald herausstellen. Aber gerade daß Baerau mit dabei war, läßt es uns glaublich erscheinen, daß diese Schilderung eines sündisch-romantisch, verbrecherisch-irrsinnigen Unternehmung auf Wahrheit beruhen könnte.

Ein schwächliches Dementi.

Wien, 11. Feber. (Eigenbericht.) Die gestrigen Mitteilungen der „Arbeiter-Zeitung“ über die Aussagen des Grafen Bethlen im Untersuchungsausschuß werden heute natürlich von Bethlen dementiert und zugleich gibt auch die österreichische Regierung eine nichtamtliche Mitteilung aus, die sich auf diese Angelegenheit bezieht und in Verantwortung der Interpellation der Sozialdemokraten vom 14. Jänner wegen der Freilassung des in Oesterreich verhafteten Mejsaros erklärt, daß diese Freilassung deshalb erfolgt sei, weil die Staatsanwaltschaft keinen Anlaß zu einer Anklage fand. Diese Interpellationsbeantwortung soll den Schein erwecken, als ob damit die gestrigen Behauptungen über die Aussage des Grafen Bethlen berichtigt würden. Das Bezeichnende ist jedoch, daß, obwohl in den Abendblättern angekündigt war, daß die Regierung die Beschuldigungen gegen den steirischen Landeshauptmann Dr. Rintelen dementieren werde, von dieser Affäre in der offiziellen Kundgebung kein Wort enthalten ist.

Die Beschuldigungen, die gegen den steirischen Landeshauptmann erhoben wurden, gewinnen aber an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß der Grazer sozialdemokratische „Arbeiterwille“ im Jahre 1921 in einer Reihe von Artikeln festgelegt hatte, daß ein junger Mann verhaftet wurde, der falsche tschechische Kronen ausgab, und daß dieser das Geld von dem Beamten Huber der Steiermark, der Bank Rintelens, erhalten habe. Derselbe Huber wurde auch gestern vom Grafen Bethlen genannt. Auf diese seinerzeitigen Enthüllungen des Arbeiterwille hat die Polizei eine Woche lang überhaupt nicht geantwortet und erst dann hat sie sich mit einem farblosen Dementi begnügt.

Es wäre nun mehr als merkwürdig, daß Bethlen gestern nur zufällig denselben Namen des Huber genannt hätte. Daraus ergibt sich gleichzeitig, wie wenig Glauben das Dementi überhaupt verdient.

Verhaftung des gemessenen Chefredakteurs Weik.

Wien, 11. Feber. (Eigenbericht.) Der gemessene Chefredakteur des „Abend“, Alexander Weik, wurde heute von der Wiener Polizei unter der Beschuldigung der Erpressung wegen Kollisions- und Furchtgefahr in Haft genommen.

Tagesneuigkeiten.

Quousque tandem, Mussolini . . .

(Wie lange noch, Mussolini . . .)

Was keiner wagt, du darfst es wagen — und steck die ganze Welt auch Kopp! Dem Völkerbund trittst auf den Magen, Locarno's Geist darfst knock-out schlagen, du und dein Mob! Du darfst aufs Deutschtum ruhig jagen — du kloppst auf deine Jagdgamasche: Wer kann Benito an den Wagen —? Du hast den „Jagdschein“ in der Tasche! Du darfst wie'n Rowdy dich betragen — vom Selbstberäuschungsqualm benebelt, Vom Casar-Spielen restlos du, ist dir kein Wärtel, der dich kuebelt — denn, wer verrückt ist, ist immun! So darfst du elefantisch strampeln, Europas Porzellan zertrampeln und als Tenor uns überschreien und auf die Genfer Noten spei'n! Europa ist dir nur Arena — — dir kann leena! (aber du kannst uns!)

Josef Maria Frank.

Die sozialistische Jugend Italiens kämpft weiter.

Ein vor kurzem erlassener Austruf der Sozialistischen Jugend-Internationale für die Unterstützung der italienischen Genossen hat in den Verbänden starken Widerhall gefunden. Die spanische und die deutsche Organisation in der Tschechoslowakei überwiesen dem Sekretariat bereits Beiträge zur Weitergabe an die italienischen Genossen und in mehreren anderen Verbänden sind Sammlungen unter der Mitgliedschaft eingeleitet worden.

Die italienische Organisation hat dem Sekretariat folgendes Schreiben übermittelt:

„Liebe Genossen! Wir erhielten Eure Nachrichten und heute Euren Brief vom 11. Dezember mit der Abschrift des Austrufes an die Landesverbände. Eure Worte und Eure Taten werden nicht vergessen werden. Sie beweisen uns, daß der internationale Zusammenschluß der jugendlichen Arbeiter nicht mehr ein fernes Ziel, sondern bereits eine konkrete Tatsache ist. Die Jugend-Internationale ist schon zu einer Familie geworden, in der Freud und Leid des Schicksals gemeinsames Erleben bedeutet. Eure Solidarität hilft und stützt uns in unserem harten Kampfe und gibt uns die Gewißheit, daß unsere Opfer niemals umsonst gebracht sein werden. Was nun auch immer kommen mag, wir werden unbeirrt unseren Weg weiter gehen, gestützt von dem Bewußtsein der Solidarität aller unserer Genossen außerhalb unserer Grenzen.“

Es lebe der Sozialismus, es lebe die Jugend-Internationale!

Gleichzeitig ging dem Sekretariat die Abschrift eines Austrufes zu, den die italienischen Genossen an die italienischen Jungarbeiter gerichtet haben, und in dem sie zur Gründung eines neuen sozialistischen Jugendverbandes auffordern.

Jungarbeiter! Der sozialistische Gedanke ist nicht untergegangen. Er kann nicht vergehen, weil wir sein Leben wollen und unsere Märtyrer und Kämpfer von dem Geiste befeelt sind, der einst seine alten Vorläufer erfüllte. Ihr Ziel wurde nicht erreicht, wir aber werden es erreichen. Die Niederlagen des Proletariats sind hauptsächlich in dem Mangel politischer und geistiger Reife zu suchen. Deshalb wurde nun der Verband der sozialistischen jungen Arbeiter Italiens ins Leben gerufen, dessen Aufgaben vornehmlich erzieherische und kulturelle sein werden, der aber auch Seite

an Seite mit der Partei alle ihre Schwächen schlagen wird.

Wir rufen zum entschiedenen und offenen Kampf für den Sozialismus auf, während viele aus Furcht, Ruhebedürfnis oder Ehrgeiz zu Nachläufern des Faschismus wurden. Mit aller Kraft müssen wir uns dagegen wehren, daß die unwahre Maske feigen Machtworts das Antlitz des italienischen Volkes verderbe.

Jugendliche Arbeiter, Bauern, Angestellte und Studenten! Eure Aufgabe ist es, inmitten des Proletariats zu wirken, damit es nicht zur willenlosen Herde werde. Nur durch die Arbeit der Klasse kann unser Kampf für den Sozialismus und gegen den Faschismus geführt werden. Schlicht deshalb die Reihen in unseren Verbänden, dessen Ziel, getreu den Grundfäden der Sozialistischen Jugend-Internationale, stets die Einheit des sozialistischen Proletariats sein wird. Ohne Verzagen, mit ungebrochener Mute werden wir den harten und sicher nicht kurzen Kampf jetzt aufnehmen und fortführen bis zum unaussprechlichen Triumph über die Mächte der Reaktion. Das Vorbild unseres unvergänglichen Vorläufers, der sein Leben für unsere Sache dahingab, wird uns dabei befeelen. Alle, die in vergangenen Kämpfen mit uns stritten, aber auch alle, die bis jetzt noch nicht den Weg zur sozialistischen Organisation fanden, sind willkommen und haben Bürgerrecht in unserem Verbande, wenn sie sich dem Gedanken und den Grundfäden der Sozialistischen Jugend-Internationale einordnen.

Auf zum Kampf für die größte und umfassendste aller Ideen — für den Sozialismus!

Es lebe das sozialistische Italien!

Es lebe der Verband der sozialistischen jungen Arbeiter Italiens!

Es lebe die Sozialistische Jugendinternationale!

Das provisorische Nationalkomitee.

Wir wünschen den italienischen Genossen in ihrer mutigen Arbeit den besten Erfolg.

Eine bestialische Mordtat in Aufß.

Ein Opfer tot, zwei andere schwer verletzt. Die Täter entflohen, nachdem sie die Wohnung in Brand gesteckt hatten.

Eine entsetzliche Mordtat ist in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in Aufß-Schönbrunn geschehen. In der Nähe der Heßelischen Fabrik, im Hause Schönbrunnstraße Nr. 1250, wohnt im ersten Stock die Familie Josef und Barbara B u t s k y mit drei Töchtern im Alter von 13, 15 und 20 Jahren. Es ist dies ein großes Haus, die ehemalige „Töpferei“, in dem 40 Arbeiterfamilien wohnen. Die Wohnung besteht aus Küche und Zimmer. Mann und Frau sind in der Restonitzer Zuckerraffinerie beschäftigt. Als die Eltern Donnerstag früh von der Nachtschicht nach Hause kamen, fanden sie die Türe verriegelt. Auf mehrmaliges Klopfen wurde nicht geöffnet und auch sonst kam kein Laut aus der Wohnung. Böses ahnend zerflogen sie das aus der Küche in den Gang führende Fenster und gelangten so in die Küche. Das ins Freie führende Küchenfenster war nur angelehnt und das Wohnzimmer mit Rauch erfüllt. Zuerst glaubten sie, es sei ein Brand ausgebrochen und die Töchter infolge der Rauchentwicklung ohnmächtig geworden, doch bald wurden sie mit Schreden dem Irrtum gewahr. Als sie mit Hilfe der herbeigeeilten Nachbarn den Brand gelöscht hatten und sich durch die geöffneten Fenster der Rauch verzogen hatte, fand man die drei Mädchen blutüberströmt in ihren Betten liegen. Die älteste Tochter Frieda hatte am Kopfe mehrere schwere Verletzungen, die wahrscheinlich von Peilbeiben herrühren, und war bereits tot. Die beiden anderen Mädchen hatten ebenfalls schwere Verletzungen durch Hiebe und Stiche an den Brüsten und Schnittwunden an den Händen. Sie waren infolge der schweren Verletzungen und des Blutverlustes zwar ohnmächtig, lebten aber noch. Das Zimmer selbst bot einen unheimlichen Eindruck. Bettwäsche und Federn lagen im ganzen Zimmer zerstreut umher; ein Zeichen, daß ein Kampf stattgefunden hatte. Merkwürdig ist nur, daß die übrigen Hausbewohner während der Nacht keinerlei verdächtiges Geräusch hörten. Nur eine Frau gab bei der Polizei an, daß sie in der Nacht einige Aufrufe gehört habe. Die sofort verständigte Polizei nahm einen Tatbestand auf und verfügte die Ueberführung der schwerverletzten Schwestern in das allgemeine Bezirkskrankenhaus. Sie waren bis nachmittags nicht einvernahmefähig. Auch die beiden Eltern, welche infolge des Schreckens eine schwere Nervenschütterung erlitten, mußten in das Bezirkskrankenhaus transportiert werden. Man rechnete am Anfang mit einem Raubmorde, doch fanden sich dann die 300 K., welche die Eltern in einem Koffer aufbewahrt hatten, vor. Von den Tätern, welche noch der Mordtat die Strohsäcke der Betten in Brand steckten, hat die Polizei bisher keine bestimmte Spur, obwohl gegen eine Person ein schwerer Verdacht besteht. Vielleicht kommt Licht in die Mordangelegenheit, wenn die beiden verletzten Schwestern vernunftverbreitete sich bereits in den ersten Morgenstunden in der ganzen Stadt und seit 8 Uhr früh ist das Haus von einer großen Menschenmenge umlagert.

Der Täter — der Nachbarsohn.

Wie das Preshureau spät abends meldet, geht aus der inzulischen erfolgten Einvernahme der beiden schwerverwundeten Mädchen hervor, daß der Täter der 18jährige J. H o r e j s i, der Sohn des Nachbarn, ist, nach welchem nun gefahndet wird. Das Motiv der Tat war voraussichtlich die Sucht nach Geld.

Wie in Sowjetrußland die nationale Frage „gelöst“ ist.

Die Kommunisten halten sich eifrig ungeheuer viel darauf zugute, auf welche revolutionäre Weise sie die nationale Frage in Rußland gelöst haben und wie sie den nichtrussischen Bewohnern Sowjetrußlands das Selbstbestimmungsrecht gegeben haben. Unsere Forderung nach der Verwirklichung der nationalen Autonomie bezeichnen sie mit Vorliebe als einen „bürgerlichen Schwundel“, (man erinnert sich da an Burians groteske Erklärung zu unserem Antrag im Parlament und die Aufmachung dieser „Erklärung“ im „Vorwärts“) und halten dem immer den Hinweis auf die wahrhaft revolutionäre Lösung des Problems in Rußland entgegen, um so der westeuropäischen Arbeiterschaft den Blut- und Tränenweg des russischen Proletariates als den einzig gangbaren erscheinen zu lassen.

Wie es in Wahrheit mit dieser „Lösung“ aussieht, erhellt aus Vorträgen, die der von den Bolschewiken ausgewählte russisch-jüdische Sozialistenführer J. D. S. J. in den letzten Wochen in der Tschechoslowakei hielt. An Stelle des früher zentralistisch regierten Sowjetreiches haben sich nunmehr eine Reihe nationaler Staatsgebilde konstituiert, die sich zu einer Föderation zusammenschließen. Die Form ist neu, aber der alte Geist ist geblieben. An der Spitze dieser nationalen Republik steht eine Regierung, die auf Vorschlag Moskvas „gewählt“ wird. Da es in Rußland keine geheime Wahl gibt, spielt sich der „Wahlakt“ ungefähr folgendermaßen ab: Der Wahlmann geht von Betrieb zu Betrieb und fragt überall, wer gegen den vorgelegenen Kandidaten ist. Ob jemand für ihn ist, wird nicht gefragt, und so ist es leicht begreiflich, wenn die durch den Terror eingeschüchterten Arbeiter es nicht wagen, ihre Hand gegen den von oben favorisierten Kandidaten zu erheben. Auf diese Weise wird also „einstimmig“ gewählt. Der ganze Unterschied gegen die Zeit vor dieser großartigen Lösung ist der: früher wurde das Proletariat Rußlands in seiner Gesamtheit vom Moskauer Politbüro beherrscht, jetzt herrschen in den einzelnen Gegenden die Kreaturen Moskvas.

Die Bolschewiken hierzulande werden mit ihrer Spekulation auf die Unorientiertheit unserer Arbeiterschaft kein Glück mehr haben!

Wie die Alten sunnen, so zwischerten die Jungen! Hitler hat seinerzeit den Verzicht auf Südtirol im Interesse des Faschismus gefordert. Sein Wort ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Auch jetzt hat in feigem Kampfe gegen die deutschen Südtiroler Mussolini Bundesgenossen gefunden. Die völkischen Patentdeutschen stellen sich in schimmernder Wehr und mit Nibelungen-treue an seine Seite. Die Bewegung zur Vorklärung des faschistischen Jialiens bespöttelt der „Völkische Beobachter“, das Organ Adolfs Hitlers, als „Apfelsinenkrieg“, der genau so wie die Friedensverträge von den berühmten „Weisen von Zion“ inspiriert sei. Das Schicksal der deutschen Südtiroler, die, wie das Hitler-Blatt geringschätzig feststellt, nur 230.000 Seelen zählen, mag den Weisen von Zion am Herzen liegen. Den Völkischen ist ein Mussolini mehr wert als 230.000 Deutsche. Darum warnt der „Völkische Beobachter“:

Lassen wir uns bei der Beurteilung der Lage durch keinerlei Sentimentalitäten beirren, mit welchen jetzt so reichlich die Judenpresse wieder einmal die politische Denkfähigkeit des deutschen Volkes zu unnebeln sucht. Zu einem sehr klaren und durchsichtigen Zweck: dem als Nationalisten und freimaurerelämpfer besigehakten Mussolini Schwierigkeiten zu bereiten. Daß wir am Ende dabei leicht die Leidtragenden sein können, was kümmert dies weiter das Judentum!

Mag das deutsche Volk für seine bedrückten Brüder fühlen, zum Glück sind die völkischen Chaharce des Deutschtums da, die, frei von jeder Sentimentalität, die Deutschen an ihre Pflicht erinnern: dem Bedrückten Südtirols keine Schwierigkeiten zu bereiten.

„Der Fall des tschechischen Finanzkapitals.“ So etwas gibt es auch und steht natürlich unter dem Protektorate des Herrn Kramar. Der Fall fand am 10. d. M. im Repräsentationshause statt. Eine ungeheuerer Menschenmenge stand Spalier, als die Autos mit den Herrschaften vorführten, um die Brillanten und Diademe der Damen anzuschauen. Ungefähr zehn Schritte davon entfernt war wieder um den Palast herum die Wachtparade der Prager Profinierten, die ihren Körper verkaufen. Und zwischen den Dirnen und den Damen der Gesellschaft stand ein ungefähr acht-jähriges Kind in der vorgerückten Nachstunde und bot Zeitungen frei. Schon Karl Liebknecht hat sich im Jahre 1912 im Preussischen Landtag gegen den Anzug gewendet, daß Kinder als Zeitungsverkäufer in Berlin um ihre Nachtruhe gebracht werden. Er unterzog sich selbst der Mühe, einen genauen statistischen Nachweis des Alters der jugendlichen Zeitungsverkäufer zu geben. Wer kümmert sich bei uns darum: Die Polizei spielt „Waffere“, und macht Wagentürlaufmorddienst für die Autos der Gesellschaft des tschechischen Finanzkapitals, die stupide Menge hält Maulaffen feil und die Jugend geht zugrunde! Kinderschuttkommissionen und Jugendfürsorge existieren scheinbar bloß am Papier. Und das Kapital prahlt und amüsiert sich im Repräsentationshause.

Ein Kulturdokument aus Rumänien.

Der Aufruf der sozialistischen Parteien Rumäniens zu den Gemeindevahlen.

Die Exekutive der Föderation der sozialistischen Parteien in Rumänien veröffentlicht einen Aufruf zu den ersten Gemeindevahlen, der in erschreckender Klarheit die Zustände in diesem „kleinen-Entente“-Staate — Herr Benes ist eben bei einer Konferenz in Temesvar — beleuchtet und aus dem einiges hier wiedergegeben sei:

„Trotzdem die Wählerlisten voller Lücken sind und zahllose Männer um ihr Recht gebracht sind; trotzdem das Wahlgesetz das Prinzip des gleichen und proportionalen Wahlrechtes für Männer und Frauen ungeheuer verfälscht hat; trotzdem die liberale Oligarchie in Wahrung ihrer Tendenz als Erwerbsgesellschaft, in die Gemeinderäte ernannte und kooperierte Mitglieder einführt — trotzdem ist der Augenblick gekommen, mit den Herrschaften ein Ende zu machen. Diese Wahlen haben unvorhergesehene Bedeutung. Das kluchbeladene Regime der liberalen Mafia hat noch nicht die Hoffnung aufgegeben, uns weiter zu beherrschen. Ein Erfolg der Liberalen bei den Gemeindevahlen würde bedeuten: eine Verlängerung des Ausnahmezustandes, die Niederhaltung der Presse, die Unterdrückung der Versammlungsmöglichkeit und jeder freirechtlichen Regierung. Würde bedeuten: eine Verlängerung des Regimes der Militärgerichte, der schrecklichen Torturen in den Kellern und Militärgefängnissen. Sie würde aber auch bedeuten eine Kräftigung des Spießsystems der Szigaranz und der Gendarmerie im bürgerlichen Leben — eine Gefahr nicht nur für den allgemeinen Frieden, sondern auch für die Sicherheit der Person.“

„Erinnert Euch an die Vieslen, die in den Gefängnissen und Salzbergwerken als Opfer des Kampfes für die Freiheit schmachten!“

Die Großmutter „Bohemia“ bewährte sich in ihrer Dienstagnummer als Marsenergählerin. Sie gedachte der schönen Zeiten, in denen Frau Alara Runt mit einem Rudel junger Menschen durch die Straßen Prags zog und von Geschäft zu Geschäft die Ware „Mensch“ feilbot. So werden wenigstens alle vernünftigen Menschen den Artikel der „Bohemia“ über „Öffentliche oder private Stellenvermittlung“ verlesen. Die „Bohemia“ läßt sich nämlich aus Leserkreisen schreiben, daß die Landesvermittlungsbüros für „höhere“ Frauenberufe nicht genügen und daß für diese „besseren“ Kategorien der Menschheit nur private Stellenvermittlungen Dienste leisten können. Diese privaten Stellenvermittlungen sehen alle jedenfalls so aus wie die Frau Runt, der Fachmännin ersten Ranges, ein jeder Chef ist eine Berle, und ein jeder Angestellter ein Falott; die Hauptsache ist ja, daß der Angestellte eine hohe Provision zahlt und nach einem Monat herausschneit, denn dann braucht er die Stellenvermittlung wieder! So haben die privaten Stellenvermittlungen ausgehoben, die der verehrliche Leser der „Bohemia“ anpreist, und die Großmutter „Bohemia“ hat 30 Jahre Angestelltenkampfes verschlafen. Denn: Das Landesvermittlungsbüro hat sich seit seiner Entstehung ehrlich bemüht, den Angestellten aller Berufe zu entsprechen. Es hat des öfteren eingehende Konferenzen mit Industriellen-Vereinen und freien Gewerkschaften abgehalten und trachtet, durch Beziehung von Fachmännern den Anforderungen einer modernen Stellenvermittlung gewachsen zu sein. Aber den Herren Unternehmern paßt es nicht, mit freien Gewerkschaften zu verkehren, und so melden sie die freien Posten nicht an; bei unseren Behörden herrscht Mißde und die Unternehmer werden trotz Vorchrift nicht gestraft. Die „Bohemia“ fahlet von Fachmännern und vergißt, daß die Sekretariate der freien Gewerkschaften gerade in der Abteilung Stellenvermittlung Fachmännern sitzen haben, welche seit Jahren mit Erfolg bemüht sind, ihren barten Dienst zu leisten. Obendrein ist die Stellenvermittlung der freien Gewerkschaften natürlich unentgeltlich. Das jedoch ist das „Uebel“: denn es könnten Chiffreierate der „Bohemia“ entgehen, die Stellenvermittlungen, auch Kundschaften der bürgerlichen Presse, kämen um ihre Provision! Schließlich: Ist es der „Bohemia“ nicht bekannt, daß seit einem Jahr im Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf vorberreitet liegt, der mit den privaten Stellenvermittlungen aufträumt? Muß die „Bohemia“ immer direkt oder indirekt Arbeitgeberdienste leisten? Seriöse Blätter werden jedenfalls stets dafür eintreten, daß der privaten Stellenvermittlung, die nichts anderes ist, als gemeine Kuppelerei und Seelenverkauf, ein Ende bereitet werde und daß unter Leitung des Staates eine öffentliche Stellenvermittlung unter Hinzuziehung von Fachmännern — und das sind einzig und allein die der freien Gewerkschaften — errichtet werde.

An alle Teilnehmer dera Hauptversammlung des Arbeiter-Abkündendubens in Komotau! Die Delegierten werden ersucht, rechtzeitig einzutreffen. Die Hauptversammlung beginnt am Sonntag, den 14. Feber Punkt 10 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Metallarbeiterhauses, Komotau, Pessingstraße 23. Jeder Delegierter hat sich mit einem Mandat auszuweisen. — Am 2 Uhr nachmittags nehmen alle Teilnehmer an der Eröffnung der Antiafkoj-Kunstausstellung im Stadthaus teil.

Erinnert Euch an die Vieslen, die mishandelt und erschlagen worden sind! Erinnert Euch an die hinterlistige Verfolgung aller Organisationen, an die Wiffär, den Terror und die Anarchie unter dem liberalen Regime! Erinnert Euch . . . daß unsere Wohnungen höher sind, dunkel, naß und ungesund; daß unsere Kranken vor den Türen der Spitäler sterben; daß die Greise, Invaliden, Witwen und Waisen auf den Straßen betteln müssen; daß neben der seiblichen Not auch die geistige unonält: keine Schulen, keine Lehrbücher und keine Lehrer für die Kinder.

Denkt daran, daß Städte und Dörfer zum Pflock geworden sind, und daß dieses erbärmliche Bewohnersystem nur möglich war dank dem organisierten Raube liberaler Banden. Denkt an all das und fraget Euch, ob nicht endlich die Zeit gekommen ist mit den Gewaltthobern auch dieses System von Gewalt und Korruption zu stürzen! Auf der einen Seite Krise und Arbeitslosigkeit, auf der anderen Raub des öffentlichen Gutes und grenzenlose Spekulation; — das ist heute. Bürger, unser Kampf geht nicht gegen Personen, sondern gegen ein System. Uebersehet nicht, daß auch unter der Maske der Bürokratie oder anderer Wahlüber-einkommen sich dieselbe Schlange der Praxianisten verbirgt, der die Gitzähne ausgebrochen werden müssen.“

Hoffentlich gelingt es unseren rumänischen Genossen, die im weiten Teil des Aufrufs den Arbeitern und Bauern den Weg zeigen, der aus diesem Elend hinausführt, schon bei diesen Wahlen, ein Stück dem gemeinsamen Ziele näher zu kommen. Wir wünschen dies unseren furchtbar bedrängten Brüdern und Schwestern in Rumänien ehnlisch!

Rundgebung der deutschen Lehrerschaft während zum Gehaltsgehwentwurf der Regierung. Der Aufruf des Deutschen Landeslehrervereines hat zu dieser Erörterung in nachstehender Entschlieung einmütig Stellung genommen: „Der Regierungsentwurf über die Aufbesserung des Dienstverhältnisses der Staatsangestellten und der Lehrer, der in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden soll, entspricht in keiner Weise den gerechten Forderungen der öffentlichen Festbediensteten, insbesondere aber nicht den berechtigten Ansprüchen die der Lehrerschaft an dieses Gesetz zu stellen hat. Vor allem ist es eine schwere Verleumdung für den gesamten Lehrstand, wenn der Ministerialentwurf die für eine gesunde, zeitgemäße Volksschule aller Nationen dieses Staates unerlässliche Arbeit selbst des tüchtigsten Lehrers der dienstlichen Betätigung bloß jenes Staatsangestellten gleich wertet, der infolge andauernd minderwertiger Qualifikation von jeder Vorrückung zeitweilig ausgeschlossen bleiben soll und wenn in einem Pressebericht diese unerhörte Behandlung sogar zu einer Sonderbegünstigung und „Ueberparität“ der Lehrerschaft umgelogen wird. — Die gesamte Lehrerschaft der Volks- und Bürgerschulen in der Tschechoslowakischen Republik hält an der vollen Parität der Staatsbeamten- und der Lehrerbefugnisse als der einzigen richtigen Grundlage unbeirrt fest und fordert deren restlose und wirkliche Durchführung unter entschiedener Abweisung der im Entwurf enthaltenen, allerdings unter dem Deckmantel einer Scheinparität sich verbergenden schweren Zurücksetzung. Die Lehrerschaft lehnt ein abgesondertes Lehrgelbaltsgesetz ab, verlangt vielmehr ganz entschieden ein gemeinsames Gesetz im Sinne der Vorklagen des Deutschen Lehrerbundes und des Reichslehrerrates. Hierbei beharrt der D. L. L. B. im Mähren nachdrücklich auf der vollen Wahrung aller durch frühere fortschrittliche Gesetze erworbenen Rechte, so vor allem auf der bisher geltenden Bemessung des Anfangsdienstes bloß mit einem Jahr, auf der Einrechnung der Kriegsdienstzeit und der Kriegshalbjahre, auf der unverkürzten Aufrethaltung aller sozialen Zulagen und auf deren Ausgestaltung im Sinne der wiederholt erhobenen Forderungen, auf der unveränderten Wirksamkeit des bestehenden Paritätsgesetzes unter angestaffter Erhöhung der Grundgehälter und familiärer Zulagen. Schließlich hält der D. L. L. B. in Mähren an seiner alten, vollberechtigten Forderung der Einbeziehung aller Ruheständler in die Bestimmungen des neuen Gehaltsgesetzes unverbrüchlich und verlangt dringlich, daß diese Gleichstellung, die man so oft und so feierlich den Pensionisten versprochen hat, endlich auch ehrlich und ohne Winkelzüge durchgeführt werde. Vom Parionente erwartet die gesamte Lehrerschaft, daß sie in besserer Erkenntnis der Bedeutung der Lehrarbeit für die neuzestliche Kulturgestaltung den rückständigen Regierungsentwurf einer durchgreifenden, gründlichen Umarbeitung in der Richtung einer vollen Berücksichtigung aller gemetafam erhobenen Forderungen unterziehen und ein ebenso gerechtes, wie zeitgerechtes Beamten- und Lehrgelbaltsgesetz schleunigst schaffen wird.“

Völkische Säuglingspflege. Ein Genie namens Stanke verbreitet in völkischen Blättern folgenden Gestalt, nein, Gefang:

(Wiegend und weich.)
Schlaf' mein kleiner Herzgesung, schlaf,
Werd' ein Königshämpfer stolz und droo.
Dein Herz die deutsche Treue fühl!
Es mahnt dich Potodams Glockenspiel:
Sei mein Führer Fez
Wie der Fridericus Reg!
Schlaf' ein, du kleiner Fez,
Dich schirm' Fridericus Reg!

Der kleine Königshämpfer, dem dieses Lied wiegend und weich zuerst an der Wiege gesungen wurde, ist tatsächlich dabei eingeschlafen. Er fühlte wohl, daß nicht nur die Poesie der Hakenkreuzler, sondern auch ihre Politik just dem Bildungsgrad der Säuglinge angepaßt ist. Sühler, kleiner Fez, beschirm' von Fridericus Reg, bei dieser Erziehung kann es nicht fehlen, daß du einmal ein strammer Fememörder wirst. Heil! Schlafe mit Sta-!

Heil! Wie die „Prüger Zeitung“ merzet, hat der Prüger deutsche Baumeister Ferdinand Wurm, ehemaliger deutschradikaler Stadtrat von Brüx, das ihm gehörige Wohnhaus Nr. 1205 in Brüx, Goethestraße, an den tschechischen Kontinent Franz Aufebauch verkauft.

Die Affentierungen in Böhmen. Nach einer solchen erschienenen Kundmachung der politischen Landesverwaltung in Prag finden die diesjährigen Affentierungen in Böhmen in der Zeit vom 15. März bis 31. Mai 1926 statt. Einberufen werden vor allem Angehörige der Jahrgänge 1906, 1905 und 1904, und zwar der Jahrgang 1906 als I., 1905 als II. und 1904 als III. Affentklasse. Der Affentpflicht im Jahre 1926 unterliegen weiters Personen des Jahrganges 1903 und der älteren Jahrgänge, welche aus irgendeinem Grunde derselben nicht nachgekommen sind. Auch Angehörige der Jahrgänge 1906, 1905 und 1904, die durch freiwilligen Eintritt oder im Wege der regelmäßigen Affentierung Angehörige der tschechoslowakischen Wehrmacht geworden sind, jedoch wegen Nichtleistung zum Militärdienst im Sinne des § 30 des Wehrgesetzes entlassen wurden, sind neuerdings affentpflichtig, falls sie vor dem 15. März 1926 aus dem Militärdienste entlassen wurden. Für die Affentierungen wurden Affentkommissionen errichtet, für die ein Arbeits- und Reiseplan ausgearbeitet und herausgegeben wurde.

Eine Totenfeier auf hoher See. Mittwoch wurde an Bord des Dampfers „Präsident Roosevelt“ gerade auf der Stelle des Lyons, wo die beiden Mitglieder der Besatzung Wirtemann und Heitman bei den Arbeiten zur Rettung der Mannschaft des englischen Dampfers „Antinoe“ ums Leben kamen, eine ergreifende Gedächtnisfeier gehalten. Nach einer Ansprache des Schiffskapitän und des Kapitäns Fried wurden die von den Verwandten und Kameraden der ums Leben gekommenen Matrosen gesandten Blumenkranze in das Meer geworfen. Das Meer war während der Feier noch immer stark bewegt.

Erfinderlos. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Lyon starb in Ater dieser Tage vergessen und in Armut der Mechaniker Belmont, der Erfinder der Explosivmote, der diese Motore auch als erster bei Automobilen in Anwendung brachte.

Ein gefährlicher Desinfektionsapparat. In einem Hause in München explodierte gestern bei der Desinfektion einer Wohnung der Apparat. Im Umkreise von 200 Meter wurden alle Fenster Scheiben zertrümmert. 25 Personen wurden hierbei verletzt, von denen zehn in die chirurgische Klinik gebracht werden mußten. Eine Gerichtskommission begab sich auf den Tatort. Das Unglück ereignete sich in einem Eckhaus, dessen Ecke jetzt einen einzigen Trümmerhaufen bildet. Die Straßenfront ist mit Scherben und Trümmern überfät.

Eine ungemütliche Stabi. Wie das Pariser „Journal“ aus Barcelona erfährt, ist es während des letzten Aufenthaltes des spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera in Barcelona dort selbst zu sechs Bombenexplosionen gekommen.

Der finnische Flottenchef Admiral Schouly ist wegen seiner mangelnden Beherrschung der finnischen Staatsprache seines Amtes entsethen worden. Außerdem wurden 17 andere schwedisch sprechende Offiziere disqualifiziert, da sie sich in der von der Regierung vorgegebenen Frist nicht die notwendigen finnischen Sprachkenntnisse angeeignet haben.

Einheitliche Verkehrszeichen sollen demnächst auf Anregung des Polizeipräsidenten Berlin in allen preussischen und mitteldeutschen Großstädten eingeführt werden. Die Straßen erster und zweiter Ordnung werden durch Umrandungen um das Straßenschild kenntlich gemacht werden.

Neue Goldquellen und Kohlenlager wurden in der Gegend des Red Lake in der Provinz Ontario in den Vereinigten Staaten erschlossen, nachdem schon jahrelang vergeblich in dieser Gegend nach Gold gesucht worden war.

Der jüngste Flieger der Welt, der 13jährige J. Parker, ist im Flugzeug aus Anderlen in Indiana (Vereinigte Staaten) nach Washington geflogen, um eine Meldung an den dort tagenden Kongreß zu übermitteln.

Anlässlich von Arbeitslosenunruhen in Polen kam es in der Stadt Kalisch zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Vier Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt, fünf Demonstranten wurden angeschossen, von denen einer bereits gestorben ist.

Weiterbericht vom 11. Feber. Mittwoch zeigte sich während der Tagesstunden stellenweise eine erhebliche Erwärmung, obgleich der Himmel vorwiegend bedeckt blieb. Das Temperaturmaximum betrug in Rajede Teplice und Brerau 7 Grad, in Ungar und Lubweis 8, in Preßburg 9 Grad Celsius. In den nördlichen Gebieten der Republik blieb die Temperatur niedriger. Die hohe Temperatur von 5 bis 7 Gr. behauptete sich auch in der Nacht auf Donnerstag in jenen Gegenden, die stärkeren Südwind haben, wie beispielsweise die Mährischen Karpathen. Auch auf den Bergen ist es mild; die Schneeflocke meldet Donnerstag früh plus 1 Grad Celsius. Die Niederschläge haben bis auf vereinzelt geringe Nebelreihen abgenommen. — Wahrscheinliches Wetter von Freitag: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, Neigung zu leichten Niederschlägen, Temperatur wenig verändert, Westwind.

Das Alkoholverbot in Finnland.

Die finnische Regierung hat in den letzten drei Jahren eine Enquete über die Wirkungen des Alkoholverbotes durchgeführt, deren Ergebnisse unlängst veröffentlicht wurden. Die verschiedensten Behörden, Organisationen und Einzelpersonen wurden mit der Untersuchung beauftragt. Demgemäß ergibt die Enquete auf den ersten Blick ein sehr widerspruchsvolles Bild. Die kommunalen Behörden glauben allgemein als Folge des Verbotes eine Zunahme der Trunksucht, besonders unter der Jugend und den Frauen in den Städten, feststellen zu können. Die Ursache soll in der ungeheuren Ausbreitung des Schmuggels liegen. Die schlimmsten Erfahrungen hat man in den Orten an der südlichen und südwestlichen Küste gesammelt, die ja dem Schmuggel am nächsten liegen. Die Behörden behaupten, daß das Totalverbot nicht so respektiert werde wie die früheren einschränkenden Bestimmungen. Von den befragten Lehrern geben drei fünfteil an, daß das Verbot überhaupt keine Bedeutung habe. Unter der studierenden Jugend seien Alkoholorgien mehr denn je an der Tagesordnung.

Erheblich günstiger sieht das Bild bei der Arbeiterbevölkerung aus. Mit Ausnahme einiger Fabrikleiter in den Hafenstädten wird allgemein eine Verringerung des Alkoholgenusses festgestellt. Als absolut günstig bezeichnen auch zwei Drittel der Gewerkschaften die Wirkung des Alkoholverbotes auf die Arbeiterschaft. Bei den landwirtschaftlichen Vereinen ist die Meinung geteilt.

Im allgemeinen ist die Wirkung des Verbotes je nach den Landschaften und Gesellschaftsklassen verschieden. Absolut versagt hat es bei den höheren Klassen. Wer sehr viel Geld übrig hat, der trinkt heute in Finnland mindestens ebensoviel wie vor dem Verbot. Eine Ausnahme scheinen die Bauern zu bilden, besonders die stark mit schwedischem Blut vermischten nordfinnischen Bauern, die von Natur nicht geneigt sind, das mit dieser Nähe zusammengetragene Geld für schlechten Schmuggel auszugeben. In diesen Gedanken gängen bewegt sich auch mit viel Erfolg die Antialkoholagitation der Gewerkschaften, welche die Wirkung des Verbotes sehr nachdrücklich unterstützt hat. Aber gerade bei den guten Erfolgen in der Arbeiter- und Bauernschaft zeigt sich auch die größte Schwäche des Verbotes: seine landschaftliche Begrenzung. Die Bevölkerung an der Küste ist durch das Verbot geradezu lorrumpiert worden. Wenn die Fischerorganisationen es zum Teufel wünschen, wenn die Bauernorganisationen im südwestlichen Finnland davon sprechen, daß noch nie so viel getrunken wurde wie seit Einführung des Verbotes, wenn ein Drittel der Gewerkschaften — und gerade die Seeleute und Schiffsbauer in der Südwüste des Landes — mitteilen, daß sie das Verbot für einfach verheerend halten, so weist das alles auf die gleiche unheilvolle Erscheinung hin: daß das Verbot die Bevölkerung der Küste Finnlands mit einem Schieber- und Schmuggelgeiste durchtränkt hat, der diesen Volksteil moralisch aufs ärgste gefährdet. Gegenüber dieser Tatsache tritt auch die Zunahme des Trinkens an sich zurück.

Ob die Entwicklung sich künftig günstiger gestalten wird, hängt davon ab, wie weit es gelingen wird, den Schmuggel zu unterbinden. Finnland allein kann das nicht. Solange sich noch jedes Schiff mit fremder Flagge drei Meilen vor die zerstückte finnische Küste legen und in Ruhe abwarten darf, bis die Zollkreuzer verschwinden, dann ein finnischer Fischer heranrudert und sich den Kahn mit Spritt vollt, ist der ganze teure Bewachungsapparat der finnischen Zollbehörde nutzlos. Nur durch internationale Zusammenarbeit der interessierten Staaten könnte dem Schmuggelverkehr auf der Ostsee ein Ende gemacht werden.

Volkswirtschaft.

Die größten Konsumvereine der Welt

Eine dem englischen „People's Price Book 1926“ entnommene Zusammenstellung, die sich in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wiederfindet, enthält folgenden interessanten Vergleich der größten Konsumvereine der Welt und ihrer Umsatzahlen für 1924:

Land	Genossenschaft	1924	
		Mitglieder	Umsatz in Mark
England	Konsumverein „The Co-operative Food Society“	117.200	55.922.335
Schottland	„The Co-operative Food Society“	60.701	77.910.003
Irland	Konsumverein „The Co-operative Food Society“	28.710	20.241.550
Oesterreich	Konsumverein „Die Arbeitervereine“	107.618	12.700.250
Belgien	Konsumverein „Les Coopératives“	70.978	21.007.233
Tschechoslow.	Konsumverein „Výroba“	60.109	20.108.930
Finnland	„Suomen Osuuskassa“	32.704	1.291.110
Frankreich	„Les Coopératives“	83.849	131.50.015
Deutschland	„Die Arbeitervereine“	110.407	32.372.834
Holland	Konsumverein „De Coöperatieve“	14.450	—
Italien	Konsumverein „Le Cooperatori“	423.0	11.023.170
Norwegen	Konsumverein „Felleskjøpet“	9.411	7.053.440
Schweden	Konsumverein „Förenade“	23.218	23.138.975
Schweiz	Konsumverein „Die Arbeitervereine“	41.841	42.400.510

Das Jahr 1925 wird bereits ein wesentlich anderes Bild liefern, da zum Beispiel in Deutschland sowohl der Gesamtumsatz als auch der Durchschnittsumsatz je Mitglied erheblich gestiegen sind, was in England bei der hier angeführten Genossenschaft mindestens hinsichtlich der Mitgliederzahl auch der Fall ist. Wenn in den britischen Vereinen der Durchschnittsumsatz sehr hoch ist, so beruht das zum Teil darauf, daß die Zahl der Waren, die verteilt werden, viel größer ist als in den meisten anderen Ländern. Vor allem ist das aber natürlich auf größere genossenschaftliche Treue der Mitglieder zurückzuführen, die sich auch in den Nordländern weit besser geltend macht als in den mitteleuropäischen.

Der Schutz der Auslandsarbeiter in Oesterreich.

Angeichts der furchtbaren Arbeitslosigkeit kommt ein Zufluss von fremden Arbeitskräften in Oesterreich praktisch ohnedies kaum in Betracht. Doch befinden sich derzeit in Oesterreich 50—70.000 ausländische Arbeiter in Stellung, über deren rechtliche Lage folgendes zu sagen ist: Alle ausländischen Arbeitnehmer, die sich seit drei Jahren ständig in Oesterreich aufhalten, werden den Oesterreichern gleichgestellt. Die anderen können unbehindert auf ihren bisherigen Arbeitsplätzen bleiben, und zwar auch dann, wenn sie nicht im Besitze eines gültigen Passbuchs sind oder wenn ihr Passbuchs abläuft. Erst wenn sie ein neues Arbeitsverhältnis eingehen, treten die Bestimmungen des Gesetzes für sie wie für die neu Zuwandernden in Geltung. Natürlich stehen allen Ausländern auch weiter die Ansprüche aus den Gesetzen über die Arbeitslosenversicherung und die sozialen Versicherungen in vollem Umfange zu. Für Angehörige von Staaten, mit denen besondere Vereinbarungen über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern bestehen oder abgeschlossen werden, gelten selbstverständlich diese Vereinbarungen. Dagegen kann die Bundesregierung durch Verordnung anordnen, daß die Angehörigen von Staaten, die österreichische Bundesbürger ungünstiger behandeln als das österreichische Gesetz die Ausländer, von den Begünstigungen des Gesetzes ausgeschlossen sind. Es liegt demnach im Grunde

genommen in der Macht jedes Staates, die Behandlung seiner Angehörigen, die in Oesterreich in einem Arbeitsverhältnis stehen oder Arbeit suchen, zu bestimmen.

Der Kampf um den Kollektivvertrag in der oösterreichischen Textilindustrie. Die an diesem Vertrag, welcher zirka 300 Betriebe mit 50.000 Arbeitern umfaßt, beteiligten Gewerkschaften kündigten mit 1. Jänner d. J. ihren Lohnvertrag und verlangten eine prozentuelle Lohnerhöhung. Gestern um halb 10 Uhr vormittags begannen im Haus „Mercur“ in Prag die diesbezüglichen Verhandlungen. So wie immer wird gegenwärtig von den Unterhändlern der Unternehmer jede Möglichkeit einer Lohnerböschung bestritten, und zwar mit der Begründung, daß die Textilindustrie gerade eine Krise durchläuft, und daß auch von einer besonderen Teuerung keine Rede sein könne, also eine Minderung der bisherigen Löhne nicht gerechtfertigt sei. Die Unternehmer verlangen schließlich, daß, wenn schon verhandelt werden soll, dies für Prag und Beraun, sowie für die auswärtigen Betriebe, separat geschehen müßte. Ihnen handelt es sich darum, daß die Löhne, die in Prag um 10 Prozent, in Beraun um 5 Prozent höher sind als auswärts, mit den auswärtigen gleichgestellt werden können. Diesen Versuch machten die Unternehmer schon einmal vergeblich, da die Arbeiterschaft von Prag mit Recht an dieser Besserstellung, welche seit 1919 eingeführt ist, festhält. Diesmal stellen die Herren diese Bedingung in den Vordergrund und wollen sich ohne das Zugeständnis der Vergicheleistung der Prager auf diesen Mehrlohn in keine weitere Verhandlung einlassen. Die Arbeitervertreter beharren auf dem Standpunkt, daß unbedingt für alle Gebiete gleichzeitig verhandelt werden muß. Daraus gaben die Vertreter der Unternehmer die Erklärung ab, daß über diese Angelegenheit eine Plenarversammlung der Prager Industriellen entscheiden soll. Diese fand noch gestern in später Abendstunde statt.

Der Film.

Das goldene Bett. Ein erschütternder, ernst zu nehmender Spielfilm, das tragische Schicksal eines Weibes, das gedankenlos zerstört und vernichtet. Die Hauptrolle verkörpert Vera Reynolds. Ein junges, verwöhntes Mädchen heiratet und betrügt ihren Gatten, wodurch sie diesen und den Liebhaber in den Tod treibt; sie heiratet wieder und ruiniert mit ihrer Verwundung ihren Mann, so daß er wegen Veruntreuung ins Gefängnis kommt, während sie mit einem neuen Liebhaber durchgeht. Dieser verläßt sie nach einiger Zeit und das einst so bewunderte, verschwenderische Weib endet schließlich auf der Straße. Ein Film, der ein scharfes und unbarmherziges Licht auf die Verhältnisse der sogenannten „guten Gesellschaft“ wirft und schon deshalb zu empfehlen ist. Der Angelpunkt des Stückes ist Rod in Moque (der Darsteller des Leutnants in dem Lubitschfilm „Die Jarin“), der mit seiner angenehmen Erscheinung und seinem guten Spiel eine lebendige Gestalt schafft. Ähnliche Tendenzfilme haben gewöhnlich einen Anflug von Gezwungenheit und Unschicklichkeit; das „Goldene Bett“ dagegen entrollt ein Stück Leben, wie es wirklich ist. W. S.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Samstag, 13. Feber, nachmittags 5 Uhr im Verein deutscher Arbeiter wichtige Mitgliederversammlung u. g. Tagesordnung: „Organisatorische Fragen.“

Gerausgeber Dr. Ludwig Egeß.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Kunst und Wissen.

Druckfehlerberichtigung. In unserer gestrigen Kritik des Vortragsabends Claus Mann-Bomela Wedekind hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Das in der zweiten Hälfte angeführte Bild soll nicht heißen „In Armut leben“, sondern „In Kunst leben“.

Spielplan des Neuen deutsch. Theaters. Freitag „Der Kuh“, Samstag „Mascottchen“, Sonntag 1/3 Uhr „Rigoletto“, 7 Uhr „Die Teresina“, Montag „Mascottchen“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag abends „Charleys Tante“, Samstag halb 3 Uhr nachmittags Jugendfürsorge-Vorstellung „Die Fuppence“, 7 Uhr „Wahrer Jakob“, Sonntag 3 Uhr „Charleys Tante“, halb 8 Uhr „Liebestrank“, Montag „Der wahre Jakob“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Sonntag, den 14. Feber: Bienen-Exkursion. Zusammenkunft 10 Uhr, Abfahrt 10.20 Uhr, Wilfahnhof. Führung gewählt. — Nächster Vereinsabend Donnerstag, 18. Feber.

KINO-PROGRAMM vom 12. bis 18. feber 1926

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
„Das Mädel von Prag!“

LIDO 10
Der weiße Panther.
Abenteuer eines Engländers im fernen Afghanistan in 5 Tellen. in Reiche der Eisbären

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Nezajanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hyberná Nr. 1.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Blöcher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Faltblätter, Briefpapier usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschiergasse Nr. 6

Kleine Chronik.

Die „Königin der Republik“.

Berlin, Ende Jänner.

Ganz allmählich scheinen wir uns in der deutschen Republik wieder der Monarchie zu nähern. Zunächst folgen wir, in Dankbarkeit für die vielen in Treue geleisteten Dienste ersterbend, für eine gründliche Aufwertung aller deposicierten Fürsten, gestalten ihr Leben so sorgenfrei wie möglich, ja, wir geben ihnen mit dem Goldregen, den wir über sie ausschütten, die Möglichkeit, ihre Rückkehr auf die verlassen Throne so glänzend als möglich vorzubereiten.

Vorkünftig aber begnügen wir uns mit einer Königin! Das ist natürlich für uns Frauen im Zeitalter der Gleichberechtigung nicht ohne Interesse. Es ist sogar eine „gewählte“ Königin. Die illustrierten Blätter bringen ihr diademgeschmücktes Bildnis. Im gesellschaftlichen Leben der Reichshauptstadt beginnt diese Königin eine Rolle zu spielen. So hat sie z. B. erst vor einigen Tagen das Zeichen zur Eröffnung des Sechstagewettkampfs gegeben. Sie erscheint in einer weißen „goldgestickten Crepe-Georgette-Toilette“. Frau Streifmann verblaßt daneben in „blau mit Silber“, ebenso die „geistvolle Rothinka von Rhein“ in „taugfarbenerm Brokat“.

Trotz bitterer Not in Industrie und Landwirtschaft, trotz dauernder Bankrotte und Bankkrachs haben sich die oberen Zehntausend der Reichshauptstadt im Sportpalast zusammengesunden, um die Königin zu wählen. Die Luxushotels und Festhallen genügen nicht mehr, und deshalb mußte ein neues luxuriöses Vergnügungstempel erbaut werden. Hier fand bei Sekt und Musikern die Wahl der Königin durch das „Volk“ statt. Wir leben ja in

einem demokratischen Staat, in dem nicht Vorrechte der Geburt oder des Kapitals die Anwartschaft auf den Thron gewähren. Aus freier Wahl geht die Königin hervor. Eine Zahl von Bewerberinnen um den neu zu schaffenden Thron stellt sich den Wählern vor. Was gibt ihnen das Recht auf diese Anwartschaft? Haben sie Werte geschaffen auf dem Gebiete der Kunst und Literatur, die ihnen Unsterblichkeit verleihen? Sind es Wohlthaten der Menschheit, die auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge die Not des Volkes zu lindern suchen? Oder sind es Frauen, die ihre beste Kraft daran gesetzt haben, um ihren so lange unterdrückten Geschlechtsgenossinnen Recht und Freiheit zu schaffen? Nicht von alledem! Die Bewerberinnen um den Posten der Königin der Republik sind „Mannequins“. So nennt man nämlich heute im Zeichen der Wiedererweckung des alten Germanengestes die früheren „Probiermamsells“. Die berühmtesten Modefirmen Berlins haben ihre „exquisitesten Toiletten“ dem erstaukten Volke vorzuführen wollen. Um sie zur wirksamsten Geltung zu bringen, lassen sie diese Toiletten von schönen Mädchen tragen. Das griechische Volk jubelte einst der Heäre Phryne zu, die gleich der schaumgeborenen Aphrodite in göttlicher Schönheit unbescheidet dem Meere entstieg. Das deutsche „Volk“ (des Sportpalastes) jubelt der Schönen zu, die die raffinierteste Toilette einer Berliner Modefirma durch die Art, wie diese ihren schönen Körper verhält oder enthüllt, zu größter Geltung bringt. Name ist bei dieser Königin Schall und Rauch. Die Bewerberinnen tragen Nummern. Nicht Fräulein X oder Frau Y trägt den Preis davon, sondern Nummer 10. Begeisterter Jubel erfüllt den Festsaal. Champagnerkelche klingen. Die Musik spielt einen Tusch. Das „Volk“ des Sportpalastes hat die Königin der Republik gewählt. Es ist Nummer 10.

Nur ein Tropfen Vermut fällt in den Freudenbecher der acht germanisch Gesinnten unter den Wählern. Nummer 10 ist eine Russin! Die deutsche

Republik sollte doch wenigstens eine reinrassige Germanin als Königin haben! Freilich war man auch früher nicht so engherzig. Da hatten wir verschiedene russische Prinzessinnen auf deutschen Thronen. Aber „die Deutsche Republik den Deutschen!“ Schon werden die Modefirmen aufgefordert, bei der nächsten Königinwahl ihre Toiletten nur durch deutsche Mannequins vorführen zu lassen, damit das „gesunde Empfinden“ des Sportpalastpublikums nicht in Versuchung geführt wird, fremdstämmigen Elementen die Krone zuzusprechen, die die Republik zu verleihen hat.

Das wahre deutsche Volk wird wenig von dieser Königin erfahren oder wissen wollen. Eins aber hat auch diese Wahl gezeigt: Es gibt Dinge, deren internationale Geltung immer und überall anerkannt werden wird. Dazu gehört auch die Schönheit! Anna Bloss (Stuttgart).

Berlunkene Kulturstätten.

Was vor Jahrhunderten und Jahrtausenden durch Erdbeben, Vulkanausbrüche, Meeresfluten oder den vom Winde herangetriebenen Sand unter der Erdoberfläche verschwand, wird jetzt an den verschiedensten Stellen der Erde wieder ans Licht geschafft. Wissenschaftlicher Eifer hat nicht nur die Ruinen des alten Pompeji aus der Lavaschicht wiedererzehen lassen, sondern auch im Norden Afrikas alte Städte, die vom Sande verweht oder im Meere untergegangen waren, vor unseren Blicken lebendig werden lassen. Hat ferner in Mittelamerika wundervolle, riesenhafte vorgeschichtliche Pyramidenbauten innerhalb der alles verhüllenden Dschungel ans Tageslicht gebracht und ebenso perfrische Städte als Stätten von seltener Kunst aus dem Wüstenlande ausgegraben. Neuerdings hat uns eine Forschungsreise von Hogenbeck, die zunächst der Erwerbung von Tieren galt, einen Bericht über eine unter dem Flugsande Indiens verborgene alte Stadt heimgebracht. Etwa 30 Kilometer

von den Gantwery-Wasserfällen entfernt, im Bezirke von Madras, liegt die alte Stadt Takkad unter einem ungeheuren Sandmeer begraben. Nur die Spitzen von zwei Pagoden ragen aus dieser Sandwüste auf. Mehr als dreißig Tempel sollen unter den Dünen begraben sein. Fast dreißig Meter hoch überragen diese Dünen den Fluß, und auf der öden, bläugelben Sandfläche, die sich über der vor 400 Jahren noch blühenden Hauptstadt des Landes ausgebreitet hat, kann man gelegentlich auch auf die Granitplatten des Daches eines der verschütteten Tempel stoßen.

Das Gefühl, über eine der ältesten Kulturstätten der Menschheit zu schreiben und das niederdrückende Bewußtsein menschlicher Ohnmacht, um Hade und Glück gegen Naturgewalten zu schützen, machen, zusammen mit dem mystischen Zauber der Landschaft, den Besuch dieser Stätte zu einem unvergesslichen Erlebnis. Jahraus, jahrein wird der Flugsand in der Höhe von mehreren Fuß vom Winde auf die hier vergrabenen Städte gehäuft, und alle Bemühungen in den letzten Jahren, die zunehmende Versandung durch Anpflanzungen aufzuhalten, waren vergebens. Der Sand steigt immer mehr und bedroht die neue Siedlung des jungen Takkad. Das indische Volk gibt diese Erscheinung, die es sich nicht erklären kann, als die Folge eines Fluches aus. Die indische Fürstin Rangamma, so heißt es, sei zu ihrem todkranken Gatten, der Erlösung suchte, gepörrert und habe angedessen die Regierung einem anderen Rajsha übertragen. Dieser habe jedoch, weil ihm Rangamma ihren kostbaren Rasenschmuck verweigerte, den er verlangte, das Land mit Krieg überzogen und Takkad erobert. Als die Fürstin davon hörte, eilte sie an das Ufer des Stromes Cantwery und flehte die Götter an: „Nah Takkad zu Sand werden!“ Seitdem sei der Fluß in Erfüllung gegangen. Allem Anschein nach liegt Takkad nun für immer unter dem furchtbaren Sande begraben, wie die Dörfer auf der kurischen Nehrung unter den Dünen der Ostsee.